



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

60
JAHRE
1957 – 2017

Jahresschwerpunkt 2017

Mobilisierung der Demokratie

ab Seite 3

Einheit und Vielfalt

Der Konflikt zwischen Integration und Desintegration prägt derzeit Europa. Die EU steht vor nie dagewesenen Herausforderungen.

Seite 11

Datenkraken

Die Digitalisierung hat alle Lebensbereiche erfasst. Droht der Verlust der Privatsphäre, der Würde und der Freiheit des Menschen?

Seite 18

USA mit Trump

Nach einem Wahlkampf, der die Gemüter erhitzte und zahlreiche Tabubrüche brachte, gab es beim Akademiegespräch eine erste Zwischenbilanz.

Seite 14

Blick über den See

Inhalt

JAHRESSCHWERPUNKT MOBILISIERUNG DER DEMOKRATIE

- 3** Mobilisierung der Demokratie
- 4** Der neue Strukturwandel von Demokratie und Öffentlichkeit

INNENPOLITIK

- 7** Der Verfall von Autoritäten

EUROPA

- 9** „Brexit means Brexit“
- 11** Die EU im Spannungsfeld von Einheit und Vielfalt
- 13** Pluralistischer Islam auf dem Balkan

INTERNATIONALE POLITIK

- 14** „Make America Great Again?“
- 15** Atmosphärische Störungen in der Arktis

MEDIEN

- 18** Big Data – die mächtigen Datenkraken
- 20** Das Ende der Einbahnstraße

WIRTSCHAFT

- 21** Geld, Kapital und Schulden

KULTUR

- 23** Die alten und neuen Seidenstraßen

PHILOSOPHIE

- 25** Antike Fragen – neu gestellt

ZEITGESCHICHTE

- 27** „Lenin arbeitet nach Wunsch“ oder „die Bolschewiki haben alles sehr schön und brav gemacht“
- 28** Ausstellung zum DDR-Alltag

POLITISCHE BILDUNG

- 29** Politische Bildung multimedial

PERSONALIA

- 31** Liberal im eigentlichen Sinn

AKADEMIE INTERN

- 26** Impressum
- 30** Digitale Optimierung mit der Zahl sieben
- 32** Jahresbibliografien 2016
- 34** Personalverzeichnis
- 35** Publikationen
- 36** Medienspiegel
- 38** Termine
- 40** Namen – Nachrichten



Es ist kein Zufall, dass der Wissenschaftliche Konvent der Akademie für Politische Bildung für unser 60. Jubiläumsjahr ein besonderes Motto ausgewählt hat: „Mobilisierung der Demokratie.“ So lautete der Titel eines Bandes von Waldemar von Knoeringen, dem früheren Vorsitzenden der bayerischen SPD, zu dem 1966 nicht nur Peter Glotz beigetragen hatte, sondern auch einige damalige Mitarbeiter der Akademie. Ihren „Beitrag zur Demokratiereform“ verstanden die Verfasser als Plädoyer für den „parlamentarischen Faktor Opposition“, den man auch durch die damalige Große Koalition beeinträchtigt sah.

Wir sind uns der Ambivalenz des Mottos bewusst: Schließlich könnte die Mobilisierung der Demokratie ja auch die Mobilisierung anti-demokratischer Kräfte umfassen, die die freiheitliche Republik auf demokratischem Wege auszuhöhlen trachten. Uns geht es um die Mobilisierung derjenigen, die unsere freiheitliche Demokratie als Selbstverständlichkeit betrachten und sich entsprechend leichtfertig verhalten. Das wäre nicht nur leichtfertig, sondern töricht. Politik ist nicht alternativlos, aber die politische Auseinandersetzung über die Alternativen hat sich an demokratische und rechtsstaatliche Spielregeln zu halten. Wir erleben derzeit, dass die republikanischen Schutzmechanismen zunehmend herausgefordert werden, die die Minderheiten vor der Diktatur der Lauten und vor einer möglichen Willkür der Mehrheit schützen. Etwa dann, wenn unser gewaltenteilendes, pluralistisches System durch den Wunsch eines Teils der Bevölkerung nach starker Führung in Frage gestellt oder wenn auf die vermeintliche Höherwertigkeit direktdemokratischer Entscheidungen verwiesen wird.

Den Schutz der Freiheit und der Republik kann man nicht allein dem Staat und seinen Sicherheitsorganen überlassen: Jede und jeder von uns hat Bürgerpflichten – Wählen gehört selbstverständlich dazu. Für unseren freiheitlichen Staat wäre es fatal, wenn die früheren Nichtwähler und heutigen Protestwähler ihre Selbstwirksamkeit entdecken, während gleichzeitig ein großer Teil der Bürgerschaft der unsinnigen Auffassung ist, Wählen sei nur dann angebracht, wenn eine Partei antritt, deren Positionen er oder sie fast uneingeschränkt zustimmen kann. Auch deshalb gilt nicht nur im Jubiläumsjahr: „Mobilisierung der Demokratie.“

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Auftakt zum Jubiläumsjahr 2017

Mobilisierung der Demokratie

Gerhart R. Baum fordert beim Akademiegespräch im Landtag Mut und Entschlossenheit zur Verteidigung der Demokratie.

DIE SELBSTZUFRIEDENHEIT, mit der hierzulande über viele Jahre auf den Zustand unserer Demokratie geblickt wurde, ist erkennbar in Besorgnis umgeschlagen. Deshalb stand das Akademiegespräch im Bayerischen Landtag unter dem aufrüttelnden Motto „Handlungsbedarf“. Und der frühere Bundesinnenminister Gerhart R. Baum hatte keine Mühe, in seinem Vortrag eine ganze Reihe von Herausforderungen zu identifizieren, denen sich unsere Demokratie gegenüber sieht.

In einer Tour d'Horizon verdeutlichte er gleich zu Beginn, von welchen Entwicklungen unsere freiheitliche Demokratie seines Erachtens gegenwärtig herausgefordert wird. Auf internationaler Ebene zählt er dazu den Terrorismus und neue Formen der Kriegsführung durch nicht-staatliche Akteure oder im digitalen Raum, die das Gefühl der Unsicherheit verstärken und die politische Agenda beherrschen. Hinzu kommen die Flüchtlingsströme, der Klimawandel und die Zunahme nationaler Egoismen, die sich negativ auf das europäische Integrationsprojekt auswirken und häufig einem sehr kurzfristigen Kosten-Nutzen-Kalkül folgen.

Fragmentierung öffentlicher Kommunikation

Baum benannte die digitale Revolution als große Herausforderung, weil sie einerseits zur Fragmentierung der öffentlichen Kommunikation führt und andererseits die Manipulation der politischen Meinungsbildung erleichtert. Ausführlich ging er auch auf die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft ein, wobei er nicht nur die Gruppe der gesellschaftlich Abgehängten mit Sorge betrachtet. Gerade bei den abstiegsgefährdeten Mittelschichten diagnostizierte er eine zunehmende Verrohung, die mit einer ausgreifenden Politik- und Politikerverachtung einhergeht. Die damit auch verbundene Geringschätzung rechtsstaatlicher Errungenschaften wie der Gewaltenteilung und des Schutzes von Minderheiten begünstigt seines Erachtens autoritäre Tendenzen, die sich auch aus einer – häufig nur vermeintlichen – Leistungsschwäche der Demokratien speisen. Als Schlüsselereignis bezeichnete Gerhart Baum in diesem Zusammenhang die Wirtschafts- und Finanzkrise, die das Vertrauen vieler

Menschen in die Gestaltungsfähigkeit der Politik erschüttert hat. Politik und Macht, so sein Resümee, werden seither von vielen als getrennte Kategorien wahrgenommen, wofür insbesondere die Demokratie mit ihren langwierigen und komplizierten Entscheidungsprozessen verantwortlich gemacht wird.



Gerhart Baum: „Demokratieverdrossenheit ist eine Absage an das Leben in der freien Gesellschaft.“

© Poss / Bildarchiv Bayer. Landtag

Baum sprach all diese Punkte offen an und wirkte dabei trotz seiner 84 Jahre engagiert, tatendurstig, angriffslustig und in jedem Fall entschlossen, unsere freiheitliche Demokratie nicht denen zu überlassen, die sie aushöhlen wollen. Und so beließ er es auch nicht bei der Diagnose des Handlungsbedarfs, sondern reichte gleich einige Handlungsoptionen hinterher.

Dass Baum als ehemaliger Bundesinnen- und somit Verfassungsminister dabei eine Rückbesinnung auf die Werteordnung unseres Grundgesetzes forderte, mag noch nicht überraschen. Für ihn verfolgt das Grundgesetz als die „geronnene Erfahrung unserer Geschichte“ vor allem das Ziel, die Freiheit des Einzelnen zu sichern. Und die Beschränkung der Freiheit durch den Staat ist in jedem Fall begründungspflichtig. Baum fordert dabei aber auch den Mut zu bekennen, dass Freiheit nicht ohne Risiko zu haben ist – und trotzdem gewagt werden muss.

Empört zeigte er sich auch über die zunehmende Demokratieverdrossenheit, die er als „Absage an das Leben in der freien Gesellschaft“ bezeichnete. Immerhin gestand Baum zu, dass der Wert der Demokratie von vielen wohl auch deshalb nicht mehr erkannt werde, weil sie zu alltäglich und selbstverständlich geworden ist. Und er bekannte, dass die Ängste der Unzufriedenen, der Abgehängten oder vom Abstieg bedrohten ernst zu nehmen sind. Aber auch hier forderte er „Mut und Entschlossenheit“ von jedem Einzelnen und von der Politik im Besonderen. Das heißt für Baum: klare Haltung bewahren, auch wenn es vielleicht unpopulär ist. Klare Alternativen anbieten, damit Unterschiede sichtbar werden und Politik wieder spannend wird. Und die Abschottung der Parteien von der Gesellschaft überwinden, um die Demokratie wiederzubeleben.

Jörg Siegmund
(siehe Medienspiegel Seite 36)

Der neue Strukturwandel von Demokratie und Öffentlichkeit

Trotz aktueller Herausforderungen und Problemen ist die Demokratie nicht an ihrem Ende angelangt.

WÄHREND DIE DEMOKRATIE noch kurz vor der Jahrtausendwende einen fast weltweiten Siegeszug zu erleben schien, steht sie gegenwärtig vor vielfältigen Herausforderungen: als real existierende Herrschaftsform, aber auch als theoretisches und normatives Konzept. Mehr noch: Sie scheint in einer Krise. Ihr wesensbestimmendes Fundament – die Legitimationskraft des Volkes – erodiert zunehmend. Umfragen, Medienberichte und Kommentare offenbaren eine wachsende Distanz zwischen politischen Eliten und Parteien einerseits und den Bürgern andererseits. Das öffentliche Vertrauen in politische Führung und demokratische Institutionen befindet sich nicht nur in Deutschland in einem Allzeittief. Die Wahlbeteiligung sinkt, Parteien verlieren immer mehr Mitglieder. Politik und Medien werden bezichtigt, einen Meinungs- „Mainstream“ zu befördern, von welchem sich ein Teil der Bevölkerung nicht vertreten fühlt. Zudem offenbaren grundlegende Veränderungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, internationale Herausforderungen und terroristische Gefahrenlagen einen verunsichernden Zwiespalt zwischen individuellem Freiheitsbedürfnis und allgemeinen Sicherheitserwartungen.

Worin die Ursachen und Gründe für die Entwicklungen liegen, was sie für Staat und Gesellschaft bedeuten und welche Perspektiven und Reformoptionen sich dadurch für die Demokratie – als Regierungsform, aber auch als theoretisches Konzept ergeben – diskutierten im Rahmen unserer wissenschaftlichen Konferenz renommierte Parteien- und Parlamentarismusforscher, Rechts- und Sozialwissenschaftler sowie Journalisten.

Bruchstelle zwischen System und Lebensform

Für den Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer stellt die liberale Demokratie trotz all ihrer gegenwärtigen Herausforderungen nach wie vor ein „robustes“ Regierungsmodell dar. Eine der Ursachen für die Krisen der Gegenwart sieht er in der aufscheinenden Bruchstelle zwischen der „Demokratie als Entscheidungssystem“ und der „Demokratie als Lebensform“. Diese Bruchstelle mache sich an der „Distanz“ zwischen Regierten und Regierenden als dem Kernelement der repräsentativen Demokratie fest.



©TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

Diese Distanz gewährleiste Amtsträgern und Repräsentanten einen Vertrauensvorschuss sowie einen Handlungsrahmen, in welchem sie – losgelöst von demoskopisch vernehmbarem Druck – zwar Politik gestalten könnten, sich zugleich aber angesichts regelmäßiger Wahlen verantworten müssten. Diese Distanz sei demnach der eigentliche Vorteil der Regierungsform, der auch den Erfolg des westlichen Demokratiemodells erkläre. Jedoch könne diese Distanz auch einen Nachteil bedeuten. Denn die Demokratie als Lebensform favorisiere im Unterschied zur Demokratie als Entscheidungssystem das Prinzip der Unmittelbarkeit, im Sinne einer „präsentischen Demokratie“. Es komme daher auf die Mechanismen der Verkopplung beider Prinzipien an: auf Kommunikation und politische Führung sowie auf Vertrauen, also auf „Trust“. Sei das Vertrauen beeinträchtigt, avanciere die eigentlich positive Distanz zur kritischen Größe: Sie werde dann zum Einfallstor für Populismus, der die Distanz erfolgreich konstatieren und schließlich ausnützen könne.

Dabei bediene sich der Populismus durch die Abgrenzung gegen das „abgehobene“ Establishment einer Identitätszuschreibung und diskreditiere das Prinzip der Repräsentation insgesamt. Dies ist gegenwärtig der Fall: Strukturelle Veränderungen wie die Globalisierung und Supranationalisierung politischer Entscheidungen, wachsende Verlustängste der Bürger angesichts globaler Herausforderungen wie den Finanz- und Wirtschaftskrisen, dem internationalen Terrorismus oder der weltweiten Migration stören die Koppelungsmechanismen zwischen den beiden genannten Erscheinungsformen der Demokratie. Zugleich seien viele Bürger von der tatsächlichen oder vermeintlichen Verzagtheit der politischen Eliten enttäuscht.

Hinzu kommt der Entscheidungsdruck, der eingeübte parlamentarische Verfahren zusehends Makulatur werden lässt. Zusätzlich erodieren öffentliche Räume: Die sog. Sozialen Medien führen zu einer Segmentie-

lung der Öffentlichkeit, zur „Parzellierung von Wahrheiten“ und zur Polarisierung der so entstehenden „Mini Publics“. Dies beeinträchtigte nicht nur den Austausch von Meinungen und Interessen, sondern den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. „Diese grundlegende Veränderung der sozialen Struktur in Deutschland macht mir Sorge“, bekannte Vorländer, um sich zugleich gegen einen Niedergangsdiskurs zu wahren: Eine Demokratie könne und müsse auch solche Phasen aushalten.

„Zufriedenheitsparadox“

Ungeachtet steigender Politikverdrossenheit und dem zunehmenden Hinterfragen der Parteidemokratie widersprach auch der Speyerer Soziologe und Verwaltungswissenschaftler Helmut Klages der momentanen Neigung zur Krisendiagnose. Seine empirischen Untersuchungen deuteten vielmehr auf ein „Zufriedenheitsparadox“ hin: Die Befragten seien sehr wohl mit der Demokratie zufrieden – unabhängig vom scheinbaren Zustand und der sog. „Performanz“ der Parteien: „Es gibt eine Distanz zu den Parteien, aber keine Distanz zur Demokratie in Deutschland.“



Helmut Klages: „Es gibt eine Distanz zu den Parteien, aber keine Distanz zur Demokratie in Deutschland.“

hier Klages – in Anknüpfung an seine Forschung zum Wertewandel – das Selbstentfaltungsbedürfnis des Menschen, das als wichtigsten Wert nur sehr bedingt Zeit für ein Engagement in und mit der Politik zulässt. Es bleibt allerdings die Frage, ob dieses „Zufriedenheitsparadox“ womöglich den Nachteil hat, eventuelle Funktionsdefizite der demokratischen Ordnung einschließlich der diagnostizierten Kluft zwischen politischen Eliten und Bürgern zu bemänteln und so Tatbestände weiter schwelen zu lassen, die die demokratische Ordnung gefährden.

Formwandel der Demokratie

Auch Gary Schaal und Dannica Fleuss, beide Politikwissenschaftler an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, sehen weniger eine Krise, sondern vielmehr eine Transformation der Demokratie. Die aktuelle Herausforderung liege in der notwendigen Anpassung an veränderte Bedingungen, die Schaal in der

„Hyperkomplexität“ der zu regelnden Sachverhalte, in den Interdependenzen sowie in der Digitalisierung und Vernetzung sieht. Ein solcher Formwandel der Demokratie stelle einen Trial-and-Error-Prozess dar, der naturgemäß auch mit Reibungen und Frustration einherginge. Eine große Unbekannte bestünde dabei allerdings in dem feststellbaren Wandel der Öffentlichkeit, die sich immer mehr von einer räsonierenden Größe hin zu fragmentierten „Mini Publics“ entwickle und dadurch den Nährboden für „postfaktische Politik“ bereite: „Wir stehen auf einem sehr unsicheren Grund“, so Schaal.

Gleichwohl ist zu prüfen, inwiefern das normative Postulat einer räsonierenden Öffentlichkeit jemals Realität war: So stellte der Journalist Georg Paul Hefty fest: „Auch Journalismus ist Willkür – nicht im Umgang mit der Wahrheit, sondern mit der Wirklichkeit.“ Öffentlichkeit sei seit jeher delikat gewesen.

Enttäuschungen

Mit der Frage, warum die aktuellen Entwicklungen von Demokratie und politischer Öffentlichkeit enttäuschten, setzte sich Dirk Lüdecke von der Universität der Bundeswehr München auseinander. Für ihn handelt es sich um einen Evolutionsprozess, wobei man einerseits die Augen nicht vor den kritischen Tendenzen verschließen, diese andererseits aber auch nicht fatalistisch überbewerten sollte: „Öffentlichkeit und öffentliche Meinung sind einerseits robuste normative und funktionale Voraussetzungen demokratischen Regierens. Andererseits werden sie stets unsere Erwartungen enttäuschen, sofern sie allein oder vor allem die demokratische Qualität unserer Regierungsform gewährleisten sollen.“

Bewährte Instrumente

Eine grundsätzliche Möglichkeit, die „Distanz“ zwischen Regierenden und Regierten zu entschärfen, stellen Verfahren der direkten Demokratie dar. So meinte der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker: „Der Parlaments- und der Volkswille lassen sich oft nur schwer in Einklang bringen.“ Um diese Differenzen zu überbrücken, müsse eine mittlere Linie gefahren werden, die sowohl Parlament als auch Volk in ihrer Entscheidungsfähigkeit stütze. Auf Landesebene hätten sich die Instrumente der Volksgesetzgebung insgesamt bewährt.

Auf Bundesebene sei die Situation aber diffiziler: Volksinitiativen würden ein institutionelles Problem darstellen, zumal sie mit der gewachsenen parlamentarischen Wettbewerbsdemokratie unverträglich sind – oder wie Decker bildhaft bemerkte: „Das Edelweiß gedeiht nicht im märkischen Sand.“ Denkbar wären hingegen neben dem obligatorischen Verfassungsreferendum (für bestimmte Bereiche) etwa ein von der

Regierung beziehungsweise vom Parlament auszulösendes Zustimmungsreferendum oder eine unverbindliche Volksinitiative im Sinne einer Volksbefragung.

Partizipative „Fußabdrücke“

Doch partizipative Demokratie kann auch niederschwelliger umgesetzt werden: Am Beispiel informeller Formen der Bürgerbeteiligung in der Landesgesetzgebung in Baden-Württemberg veranschaulichte dies Frank Brettschneider von der Universität Hohenheim. Dabei ermöglicht die Exekutive im Rahmen der repräsentativen Demokratie den Bürgern, nicht-organisierten Betroffenen und Verbänden freiwillig und in einem transparenten Verfahren Gesetzesvorhaben zu kommentieren und inhaltlich mit zu entwickeln. Dadurch könne dann der Legislative ein qualitativ hochwertiger Entwurf vorgelegt werden, der auch von breiten Teilen der Öffentlichkeit anerkannt wird, zumal er einen „partizipativen Fußabdruck“ aufweist. Sein Fazit: Die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung verbessert nicht nur die Qualität der Gesetzgebung, sondern schafft auch die für eine Demokratie notwendige Transparenz.

Bürgerbeteiligung im digitalen Zeitalter

Zum derzeit vernehmbaren Klagelied über die Krise der Demokratie gehört auch der regelmäßige Hinweis auf die sinkende Wahlbeteiligung – egal ob bei den Bundestags-, Landtags- oder auch Europawahlen. Nach Aiko Wagner vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung lässt ein differenzierter Blick hier keine Beteiligungskrise erkennen. Im Gegenteil hätten über die vergangenen Jahrzehnte die Facetten der Partizipation zugenommen: Zu den konventionellen Mitteln der Bürgerbeteiligung wie Wahlen und Abstimmungen sowie Mitarbeit in Parteien und Interessengruppen sind nicht-konventionelle wie das Engagement in Ad-hoc-Initiativen, Demonstrationen sowie Petitionen und Unterschriftensammlungen hinzugekommen und haben diese teils abgelöst. Und nun spielt die Online-Partizipation eine wachsende Rolle, wobei sich eine additive Nutzung von online und offline feststellen lasse. Allerdings würden auch diese neuen Instrumente vor allem von den bereits engagierten Bürgern herangezogen: „Die Abgehängten werden nicht erreicht“, so Wagner. „Vielmehr bekommen die sowieso schon Interessierten ein neues Tool an die Hand.“

Wie es um neue Formen der politischen Beteiligung bestellt ist, beleuchtete ein Forscherteam von der Universität Freiburg. Mit dem Debat-O-Meter haben Uwe Wagschal, Thomas Metz und Thomas Waldvogel ein Werkzeug entwickelt, das politische Partizipation per Echtzeitbefragung für unterschiedliche Formen politischer Debatten, beispielsweise bei Fernsehduellen, anregt und zugleich misst. Mittels der App kann

das Publikum im Fernsehen übertragene Debatten von Politikern bewerten. Erstmals eingesetzt wurde die Methode beim TV-Duell zwischen den Spaltenkandidaten Guido Wolf und Winfried Kretschmann im baden-württembergischen Landtagswahlkampf Anfang 2016. Die Forscher versprechen sich durch die so erlangten Daten nicht nur einen Nutzen für ihre Arbeit, sondern auch, die Bürger durch dieses Instrument näher an die Politik heranzuführen, ein „Abklingbecken“ im Sinne eines digitalen Stammtisches zur Verfügung zu stellen – und im Idealfall zur politischen Beteiligung insgesamt zu animieren.

Keine Postdemokratie

Rechtfertigen die festgestellten Defizite der repräsentativen Demokratie, die Erfordernis ihrer Transformation oder auch der Wandel der politischen Öffentlichkeit es tatsächlich, von einer „Postdemokratie“ zu sprechen, wie dies Colin Crouch in seinem Bestseller von 2003 tat? Das Urteil des Duisburger Politikwissenschaftlers Ulrich von Alemann ist eindeutig: Nein. Zwar könnte man einem gewissen „Post-Ismus“ in den gegenwärtigen politischen Diskussionen kaum entrinnen, wie neuerdings die Beschwörung eines „post-faktischen“ Zeitalters zeige, das doch eher „kontra-faktisch“ genannt werden müsse. Die „Postdemokratie“ sei aber letztlich „eine Begriffshülse ohne Substanz“. Crouches Buch sei keine Theorie der heutigen westlichen Demokratie, sondern bestenfalls eine zeit-



Ulrich von Alemann: „Die ‚Postdemokratie‘ ist eine Begriffshülse ohne Substanz.“

© Zerbel

gebundene Kritik an britischen Zuständen. Diese benenne und prangere mit Recht negative Folgen des Neoliberalismus an, bleibe dabei aber auf die spezifisch britische Situation verengt. Und spätestens seitdem sich Großbritannien vom Neoliberalismus verabschiedet hat, laufe diese Kritik – in der Crouch-schen Darstellung – auch dort ins Leere.

Der Zustand der Demokratie in Deutschland, wo die Debatte um die „Postdemokratie“ so intensiv wie in kaum einem anderen Land geführt worden ist, sei hingegen nie so gut gewesen wie heute – trotz aller Krisen. Dies soll nach von Alemann nicht davon ablenken, Herausforderungen und Probleme, wie etwa die wachsenden sozialen Ungleichheiten, zu benennen, zu analysieren und durch Reformen anzugehen. Die Demokratie als solche sei aber keinesfalls an ihrem Ende angelangt.

Andreas Kalina
Ursula Münch
Miriam Zerbel

Der Verfall von Autoritäten

Gewalt an Schulen und gegen Polizeibeamte: Die Grundlagen des Autoritätsbegriffs wurden aus verschiedenen Perspektiven analysiert.*

„DIE GEWALT gegen Polizisten nimmt zu“, sagte der bayerische Justizminister Winfried Bausback. Insgesamt sehen sich Staatsorgane einem zunehmenden Autoritätsverlust gegenüber. Bausback erkennt rechtspolitischen Handlungsbedarf und plädierte unter anderem für Strafverschärfungen. „Es tut weh zu sehen, wie die Polizei oftmals verspottet wird“, so Eva Gottstein (Freie Wähler), die stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses des Bayerischen Landtags. Man könne „nicht tatenlos zuschauen, wie unsere Werte wegbrechen“, sagte sie. Die innenpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion Katharina Schulze betonte, dass es zu einfach sei, nur für Strafverschärfungen einzutreten.



Die Gewalt gegen Polizisten nimmt zu.

© Polizei NRW

xis nannte er, dass Autofahrer häufig ohne schlechtes Gewissen die Rettungsgasse für ihr eigenes Fortkommen nutzen würden.



Podiumsdiskussion mit Katharina Schulze (Bündnis90/DIE GRÜNEN), Tagungsleiter Gero Kellermann, Justizminister Winfried Bausback (CSU) und Eva Gottstein (Freie Wähler) (von links)

© APB-Archiv

ten. Man müsse genau nach den Ursachen schauen. Auch hob sie die positive Rolle von Autoritäten und Vorbildern aus den Bereichen Kunst, Kultur und Sport hervor.

Angekratztes Gerechtigkeitsgefühl

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Hermann Benker betonte die elementare Rolle des Gerechtigkeitsgefühls. Angekratzt werde dieses auch durch den Rückgang der Achtung vor Rechtsvorschriften. Als nur ein Beispiel aus der polizeilichen Pra-

Der Politiktheoretiker Christian Schwaabe von der LMU München zeichnete Grundlinien des Staatsdenkens über Autorität und den Legitimitätsglauben seiner Bürger nach. Unter anderem behandelte er den Abschied von der „Gottgewolltheit der politischen Ordnung“ im Denken von Thomas Hobbes. Der Politikwissenschaftler Michael Weigl von der Universität Passau widmete sich dem Autoritätsdenken in der Bundesrepublik. So würden die Bürger seit den 1980er Jahren hohe Erwartungen an den Staat hegen, aber gleichzeitig staatlicher Autorität in Fragen der Gestaltung immer weniger vertrauen.

* Tagung in Kooperation mit dem bayerischen Landesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft

Roland Frank vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz befasste sich mit aktuellen extremistischen und sicherheitsgefährdenden Bestrebungen. Er ging dabei auch auf die aus Frankreich kommende, völkisch orientierte sogenannte „Identitäre Bewegung“ sowie auf die „Reichsbürger“ ein. Letztere würden das Rechtssystem und demokratisch gewählte Repräsentanten nicht anerkennen. Es seien dort auch Rechtsextremisten aktiv.

Nichtanerkennung von gewählten Repräsentanten

Dirk Baier, Leiter des Instituts für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, wertete Polizeistatistiken und Befragungen in Hinblick auf Gewalt gegen Polizeibeamte aus. Als Erklärung für die Entwicklung bei der Gewalt gegen Polizeibeamte sah er weniger eine „Verrohung der Gesellschaft“ und einen allgemeinen Respektsverlust, sondern die sozialstrukturelle und politische Polarierung sowie die erweiterte Anspruchshaltung der Gesellschaft an.

Private Polizei?

Patrick Laurency von der Universität Konstanz ging auf das Thema „Plurale Polizeiarbeit“ ein. Damit ist gemeint, dass neben die staatliche Polizei zunehmend private Sicherheitsfirmen und „Bürgerwehren“ treten. Laurency wägte Potenziale und Risiken ab. So könnten etwa Bürgerwehren und informelle Bürger-

streifen eventuell die Angst vor Kriminalität verringern. Andererseits würden – wie Beispiele aus anderen Ländern zeigen – das Abgleiten in Organisierte Kriminalität, Probleme bei der Verhältnismäßigkeit und Störungen der Polizeiarbeit drohen.

Schule und Gewalt

Eine Runde mit Vertreterinnen und Vertretern von Lehrerverbänden ging auf Fragen pädagogischer Autoritäten und das Thema Gewalt an Schulen ein. Jürgen Böhm, Vorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer, sieht neue Formen der Gewalt und



Über pädagogische Autoritäten und Gewalt an Schulen sprachen (von links): Jürgen Böhm (VDR), Simone Fleischmann (BLLV), Ursula Lay (KEG) und Heinz-Peter Meidinger (Deutscher Philologenverband).

Auseinandersetzung an Schulen. Zu den Grenzüberschreitungen gehörten auch religiöse Formen von Extremismus und Fundamentalismus. Als Lösung sieht er unter anderem die Durchsetzung demokratischer Formen und eine Kultur der Nulltoleranz gegenüber Nichtdemokratie. Auch Simone Fleischmann, die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands, betonte die Bedeutung der Demokratieerziehung in der Schule und das Problem verbaler und physischer Gewalt. Sie sagte, dass Eltern verstärkt Lehrerinnen und Lehrer aggressiv kritisieren würden.

Der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands Heinz-Peter Meidinger meinte, dass der Verfall von Autoritäten eine längere Geschichte habe. Es seien insgesamt – besonders in Problemvierteln – Autoritätsverluste von Politik und Institutionen festzustellen. Das größte Gewaltproblem sieht er im Cybermobbing. Schüler platzierten häufig ihre „Wunschidentitäten“ in den sozialen Medien. Durch Mobbing würden somit ganze Persönlichkeiten heruntergemacht. Auch der Landesvorsitzenden der Katholischen Erziehergemeinschaft Bayern Ursula Lay bereitet insbesondere die Hasskriminalität im Internet Sorgen. Hier sei präventives Arbeiten besonders wichtig.

Gero Kellermann



Hermann Benker, Landesvorsitzender der DPolG, tritt in diesem Jahr in den Ruhestand. Wir bedanken uns für die langjährige Zusammenarbeit bei Tagungsprojekten zu Fragen von Polizei, Politik und Gesellschaft.

„Brexit means Brexit“ Aber was bedeutet er wirklich?

Das zweite Akademiegespräch am See zum Austritt der Briten aus der EU und den möglichen Folgen für Europa

„MAN GEHT ENTSCHIEDEN VORAN, aber man weiß nicht wohin.“ Dieser Satz, eher zum Ende der Diskussion auch als Fazit gezogen, schwebte über dem Akademiegespräch am See. Mehr denn je scheint ungewiss, was aus der Europäischen Union, aus Großbritannien und vor allem aus dem Brexit selber wird. Und eine weitere Besonderheit gab es zu vermelden: Erstmals haben wir ein Akademiegespräch in identischer Besetzung aufgelegt – um eine Situation zu würdigen, die so von den wenigsten bedacht worden ist.

Bereits am 1. April 2016 trafen sich der in London lebende Journalist und Autor Thomas Kielinger und der Brite Hans Kundnani, Senior Fellow am German Marshall Fund of the United States in Washington DC, in der Akademie, um im Vorfeld des Referendums über diese aktuelle britische „Schicksalsfrage“, ihre Ursachen und denkbare Folgen zu debattieren (siehe Akademie-Report 02-2016). Nach dem für die meisten Beobachter wie auch Beteiligten überraschendem Ergebnis des Votums vom 23. Juni 2016, lud die Akademie beide Protagonisten zum erneuten Gespräch ein.

Schleichende Abkehr

Mit dem doch unerwarteten Votum hat das britische Volk seine Regierung in die Situation gebracht, Verhandlungen über einen Austritt zu führen, den die Initiatoren des Referendums nicht angestrebt hatten. Zumindest wird man sich dieses Eindruckes nicht erwehren können, hört man auf die Diskutanten Kielinger und Kundnani, beide profunde Kenner der britischen Seele und des Landes sowie seiner Bewohner. Trefflich bringt Kielinger die Prognosefähigkeiten der ersten Gesprächsrunde auf den Punkt: „Wir können froh sein, unser Geld nicht mit Wetteln zu verdienen. Wir wären auf die Nase gefallen.“ Denn im April hatten beide noch unisono angenommen, dass es nicht zu einem Brexit kommen werde: „The fear of something after death“ (um Hamlet zu zitieren), also die Angst vor dem, was nach dem Austritt käme, sei zu groß. Nicht nur für Anleger und Investoren, sondern auch für die Bevölkerung selbst. Der 23. Juni 2016 hat selbst profunde Kenner Großbritanniens und seiner Bewohner eines Besseren belehrt.



Trafen sich zum zweiten Mal, um über den Brexit und die Folgen zu diskutieren: Hans Kundnani, Moderatorin Ursula Münch und Thomas Kielinger (von links).

© APB-Archiv

Zu dieser Fehleinschätzung sei es auch deshalb gekommen, weil viele Bürger in Großbritannien wie auch dem Rest der EU andere Vorstellungen als die jeweilige Regierung davon hätten, was nationale politische Institutionen zu leisten haben. Im Übrigen, so Kielinger, verstärke das Nichteinhalten von Versprechen die Neigung von Bürgerinnen und Bürger, sich von der Politik abzuwenden: Die Kluft, die Missverständnisse und das Aneinandervorbereiten von politischem Establishment einerseits und Bürgern andererseits avanciere zum prägenden Merkmal der Jetzzeit liberaler Demokratien. Mehr noch: Es habe fatalen Niederschlag auf das politische Geschehen – im Vereinigten Königreich, auf dem europäischen Festland und auch in den USA.

Gesellschaftlicher Unfrieden

Letztendlich scheint es trotzdem dieses (britische) Narrativ, die Angst vor dem Unbekannten, vor Ungewissheiten gewesen zu sein, das den endgültigen Ausschlag gab – allerdings in die andere Richtung. So habe Großbritannien seit Thatcher eine liberale Wirtschaftspolitik verfolgt, die zwar den Wohlstand insgesamt förderte und das Land modernisierte, zugleich aber die soziale Ungleichheit vergrößerte. Die europäische (wirtschaftliche) Integration – durchaus von den Briten selbst vorangetrieben und geprägt – bereitete augenscheinlich den Nährboden für diese wirtschaftliche und damit auch sozioökonomische Entwicklung. Nach Einschätzung von Hans Kundnani führte der wachsende gesellschaftliche Unfrieden zu dem Referendum – und letztlich zu dessen Ergebnis. Auch Thomas Kielinger nimmt in der britischen Gesellschaft ein ausgeprägtes Bekenntnis zur sozialen Gerechtigkeit wahr. Die politischen Eliten hätten diese Orientierung jedoch aus dem Blick verloren. Anders als von den Brexit-Befürwortern erhofft, werde die neue Ausgangslage jedoch wohl kaum zur Behebung

der Situation führen: Denn das Vereinigte Königreich habe auch unter Premierministerin May sowie unter den Bedingungen eines noch zu verhandelnden Brexit nicht die nötigen finanziellen Ressourcen für die überfälligen Reformen. May müsse achtgeben, nicht zu viel zu versprechen, was ihr nachher als Fehler ausgelegt werden könnte. Aber sie sei geschickt: Sie versuche mit einer staatlichen Wirtschaft(spolitik) gegenzusteuern, um das Land nicht an die Wand zu fahren. Darüber hinaus herrsche im Augenblick aber insgesamt noch Planlosigkeit vor.

Londons Realitätsverlust

Warum, und diese Frage warf Hans Kundnani auf, warum brauchte es ein Referendum? Die Antwort gab er selbst: Die Elite Londons bewegte sich in ihrer „Bubble“ (also in ihrer „Filterblase“) und habe nicht mehr mitbekommen, was draußen im Lande passierte, geschweige denn gegengesteuert. Die Mitglieder dieser Bildungs- und Beschäftigungselite, so Kundnani durchaus auch selbstkritisch, verlasse London nur, um Großbritannien insgesamt zu verlassen; man kenne zwar die Welt, aber eben nicht das Leben in England außerhalb der Metropole. Die Wahlen wie auch das Referendum hätten sich im Südosten des Landes entschieden, dort, wo es immer wieder Wechsel in der politischen Beschaffenheit des Landes gebe: zwischen konservativ und Labour.

Zudem sei die klassische Labour-Klientel in Englands Norden vernachlässigt worden. Labour habe sich unter Tony Blair für britische Verhältnisse weit rechts positioniert, vergleichbar dem Kurs der deutschen SPD unter Schröder. Die Vernachlässigung der Stammwählerschaft, eine vielen als zu liberal erscheinende Wirtschaftspolitik, horrende Mieten, die zu stemmen vielen Leuten nur noch unter höchster Kraftanstrengung möglich sei, eine an ihre Grenzen geratende Gesundheitsversorgung und schließlich die Zuwanderung vieler neuer EU-Bürger – kritisch beäugt und dennoch gebraucht; all dies zusammen habe zum Referendum und seinem Ausgang geführt. Die Anhänger hörten nicht (mehr) auf die pro-europäischen Argumente ihrer „alten“ Partei. Eine entscheidende Rolle habe jedoch die Flüchtlingspolitik der EU (und Deutschlands) und die Angst vor unkontrollierter Immigration gespielt – und das obwohl die Zahl der in das UK eingereisten Flüchtlinge sehr niedrig sei: In den letzten fünf Jahren kamen gerade einmal 20.000 Flüchtlinge auf die Insel.

Auf der anderen Seite sei aber auch festzustellen, dass 48 Prozent Brexit-Gegner eine relevante Größe seien, Premierministerin May keine überzeugte „Leaverin“ und Großbritannien trotz aller Vorbehalte eben eng mit dem Kontinent verbunden. Vielleicht machen es diese wenigen Punkte klar, um was es geht: Ge-

wiss könne sich auch ein gegenüber dem europäischen Binnenmarkt distanziertes Großbritannien wirtschaftlich durchschlagen, aber zu welchem Preis? Zunächst werde die „Heilung des englischen Patienten“ durch die angestrebte Trennung jedoch durchaus begünstigt: Großbritannien wird als Arbeitsmarkt für ausländische Arbeitnehmer uninteressanter, und die Briten werden selbst wieder Jobs übernehmen dürfen und müssen, die sie bislang eher scheut oder auch nicht (mehr) beherrschten. Bereits die aktuellen Ungewissheiten und Planungslosigkeit lassen fragen, so Thomas Kielinger, ob Premierministerin May den Spannungen Rechnung tragen müsse und sich die britischen Parteien womöglich noch 2017 einer Unterhauswahl zu unterziehen haben.

Quadratur des Kreises

Ganz gleich, was die Verhandlungen über den Brexit bringen werden, das Akademiegespräch zeigte deutlich, dass Großbritannien und die EU die Quadratur des Kreises vor sich haben. Kielinger hält es für wahrscheinlich, dass die Briten weiter im EU-Wirtschaftsraum verbleiben und so viel Zugang zu diesem wie möglich erhalten werden. Kundnani findet es hingegen schwer, die künftige Form der Zusammenarbeit zwischen UK und EU vorherzusagen. Und was passiert für den – im Augenblick eher unwahrscheinlichen Fall –, dass das Vereinigte Königreich aufgrund eines erfolgreichen eigenen schottischen Referendums kein vereinigtes Königreich mehr ist? Und wie ist die bislang auffällige Zurückhaltung Deutschlands zu bewerten, das – so Kielinger – trotz eines „verrückten“ Brexits nicht die gedeihliche Zusammenarbeit mit einem seiner wichtigsten Handelspartner und Verbündeten aufs Spiel setzen will und kann?

Es dürfe kein hoher Preis bezahlt werden. In dieser Einschätzung sind sich die beiden Diskutanten einig: Bei allen Zerwürfnissen, Frustration und vielleicht auch kollektiver Depression in Brüssel müssen beide Seiten aufeinander zugehen, um den Schaden für die Staaten Europas, ihre Gesellschaften, aber auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit so gering wie möglich zu halten. Noch erscheinen die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union ungewiss. Das, was als Konstante bleibt, ist die Tatsache, dass das Vereinigte Königreich weiterhin ein Teil Europas bleiben wird – ein sehr wichtiger.

Heinrich Rudolf Bruns
Andreas Kalina
Ursula Münch



Auch dieses Akademiegespräch am See wurde auf ARD-alpha ausgestrahlt und ist in der Mediathek abrufbar.

Die EU im Spannungsfeld von Einheit und Vielfalt

Die Geschichte der europäischen Integration war von Anfang an durch die produktive Dialektik von Einheit und Vielfalt geprägt – daraus ist längst ein Konflikt zwischen Integration und Desintegration geworden.

EUROPÄISCHE INTEGRATION bis zur Union der Völker Europas? Das war einmal. Das Brexit-Votum, die Krise der Wirtschafts- und Währungsunion, das Aufkommen neuer Konflikte infolge der Flüchtlingsströme bis hin zu den Erschütterungen des Schengener Raums stellen die Europäische Union vor nie da gewesene Herausforderungen. Doch früher war nicht alles besser: Die Geschichte der EU ist voller Rückschläge: Sei es das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, sei es die Gaulles „Politik des leeren Stuhls“, sei es Grönlands Ausscheiden aus den Europäischen Gemeinschaften oder seien es die erfolglosen Beitrittsreferenden in Norwegen oder unlängst das Scheitern eines Europäischen Verfassungsvertrags.

Um die Tragweite der gegenwärtigen Herausforderungen einordnen und bewerten zu können und nach Auswegen sowie Reformpotenzial der Europäischen Union zu suchen, scheint daher der differenzierte Blick auf den Verlauf des bisherigen Integrationsprozesses unabdingbar – dies war Inhalt unserer Tagung.

Kein Ende der Union

Wilfried Loth, Historiker und Politikwissenschaftler an der Universität Duisburg-Essen, sieht in der gegenwärtigen Situation keinesfalls ein sich anbahnendes Ende der europäischen Staatengemeinschaft. Diese sei vielmehr das Spiegelbild einer allgemeinen Krise der repräsentativen Demokratie und der liberalen Weltordnung. Loth ist überzeugt, dass aufgrund von gemeinsamen Interessen und Verflechtungen der Mitgliedstaaten in Ost und West wie in Nord und Süd auch dieser Rückschlag durch ein gezieltes Krisenmanagement überwunden werden kann. Loth fordert von den europäischen Führ-



Wilfried Loth sieht nicht das Ende der europäischen Einheit.
© Haas



© TOMICEK

rungseliten: „1. Kurs halten; 2. wo möglich, Akzente setzen, um die Integration zu stärken; 3. ein großes Integrationsprojekt suchen und voranbringen, das die Phantasie der Bürger beflügelt.“

Denn entgegen Jacques Delors‘ bildhaftem Vergleich der EU mit einem Fahrrad, das bei Stillstand umfällt, ist sich Loth sicher: „Nicht jedes Rad, das stehen bleibt, muss umstürzen. Denn dann hätte die Gemeinschaft bereits 1954 mit dem Scheitern des Projekts einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auseinanderfallen müssen.“ Insofern ginge Europas Einigung weiter.

Gegen „Katastrophismus“

Ebenso wenig sieht Henning Scheller von der Universität Potsdam das europäische Einigungsprojekt zum Scheitern verurteilt. Vielmehr müsse man sich vergegenwärtigen, dass es nie ein geradliniger Prozess gewesen ist, sondern stets eine dialektische Beziehung von Integrations- und Desintegrationsmomenten. Diese führe dazu, dass die Entwicklung kaum planbar und fassbar ist. Sie käme eher einem „Durchwursteln“ nahe. Gerade darin liege die schwere Legitimierbarkeit und daher auch Krisenanfälligkeit europäischen Regierens. Scheller plädiert dafür, weder Integration noch Desintegration ideologisch aufzuladen, als vielmehr die europäischen Bevölkerungen für diese spezifische Dialektik zu sensibilisieren und so breites Verständnis zu schaffen. Insofern kritisiert er auch entschlossen den Paradigmenwechsel im öffentlichen Integrationsdiskurs „von einem totalen Optimismus zu einem Katastrophismus“. Dies sei eine Schwarz-weiß-Malerei, die der Situation nicht gerecht werden kann.

Krise als Normalität

Auch die Konstanzer Politikwissenschaftlerin Katharina Holzinger sieht in den Krisen der europäischen Integration eine „gewisse Normalität“. Sie ist überzeugt: „Es gibt Lösungsmöglichkeiten.“ Eine von ihnen sei das Konzept der „differenzierten Integration“, das längst zum europäischen Alltag gehöre. So be-

inhalteten 35 Prozent aller europäischen Vertragsartikel mindestens eine Ausnahme für mindestens einen Mitgliedstaat, wobei es besonders in den Politikfeldern „Justiz und Inneres“ sowie „Geld- und Währungspolitik“ flexible Regelungen und unterschiedliche Geschwindigkeiten gäbe. Gleichwohl sei die Differenzierung ein zweischneidiges Schwert: Einerseits erlaube sie Vielfalt in der Einheit zu wahren und stabilisiere dadurch die Gemeinschaft. Andererseits berge die differenzierte Gültigkeit rechtlicher Regelungen auch desintegratives Potenzial. Daher müsse es bei diesem Instrument heißen: Maß halten.

Der britische Journalist und Politikwissenschaftler Hans Kundnani sieht das Projekt Europa heute mehr denn je herausgefordert und erkennt zwei Probleme: die Krise der gemeinsamen Währung und die Krise des Schengenraums. Bei der ersten gehe es um die Defizite und unterschiedlichen Vorstellungen im Rahmen der Wirtschafts- und Währungspolitik, welche die Konfliktlinien zwischen Europas Norden und Süden verhärteten. Bei der zweiten stünden unvereinbare Vorstellungen bezüglich der Migrations- und Flüchtlingspolitik im Vordergrund, die wiederum Gräben zwischen West und Ost vertieften. Die Schnittmenge beider Krisen sind die unterschiedlichen Auffassungen bezüglich einer europäischen Solidarität. Um also beide Krisen nachhaltig zu bewältigen, bedarf es einer EU-weiten Klärung dessen, wie man diese Solidarität definiert, was man an Solidarität in der Gemeinschaft erwarten kann und wieviel Solidarität man selbst gewähren muss.

Auch Ruth Berschens, die Redakteurin des Handelsblatts in Brüssel, sieht infolge des Brexit-Votums eine „kollektive Depression in Brüssel und tickende Zeitbomben“. Diese Zeitbomben seien nicht etwa weitere Austritte aus der EU. Vielmehr ginge die Gefahr von der Entsolidarisierung im Zuge der Euro- und Flüchtlingskrise aus. Ihre Einschätzung lautet: „Den großen Big Bang wird es nicht geben“, die EU könnte vielmehr „schleichend zerbröseln.“

Europas Sollbruchstellen

Für Andreas Maurer, Politikwissenschaftler an der Universität Innsbruck, sind es neben dem vagen Solidaritätsbegriff vor allem drei Sollbruchstellen, die die Brisanz der gegenwärtigen Lage der Europäischen Union ausmachen:

- Die europäischen Institutionen, ihre Interaktionen und das europäische Regelwerk liegen größtenteils unter der Wahrnehmungsschwelle der Bürger. Deshalb wird die EU oft als abgehobene Blackbox wahrgenommen. Außerdem sei die Kompetenzverteilung unklar.
- Die Interessen der Akteure gehen immer weiter auseinander. Dies liege nicht an ihrer Zahl, sondern an den wachsenden Spannungen und unter-

schiedlichen Prioritäten der Integration. Neben der Kommission, dem EU-Parlament und dem Ministerrat sind mittlerweile auch die nationalen Parlemente zu einer eigenen Akteursgruppe aufgestiegen, ohne deren Berücksichtigung in Brüssel nichts entschieden werden kann.

- Das Handlungsumfeld europäischer Politik ist mehr denn je von Problemen gezeichnet: intern die Euro-Krise und die Konflikte über die Verteilung von Flüchtlingen. Extern forderten der Terrorismus, die Machtambitionen Russlands, Flüchtlinge und die Entwicklungen in der Türkei die Union und ihre Mitgliedstaaten heraus.

Das Zusammentreffen dieser Probleme und Krisen führe dazu, dass die Europäische Union brüchiger denn je erscheine. Die notwendige Abhilfe liegt nach Maurer nicht unbedingt in einer großen Revision der europäischen Verträge, vielmehr böten sich viele kleinere Stellschrauben an, die nachjustiert werden sollten. Dazu gehöre die Rückbesinnung auf die traditionellen europäischen Werte durch alle Akteure und vor allem auch die Einhaltung der vertraglich geregelten Normen. Ebenso brauche es eine deutlichere Kompetenzaufteilung und -zuschreibung innerhalb des Mehrebenensystems von EU, Mitgliedstaaten und ihren Regionen. Ferner sollten die nationalen Parlamente mit einem „Initiativrecht“ bezüglich der Europapolitik ausgestattet werden, damit sie auf der Brüsseler Bühne nicht rein obstruktiv auftreten, sondern diese auch aktiv mitgestalten können. Außerdem sei es erforderlich, das Verhältnis der stärker integrierten Mitgliedstaaten – des sogenannten Kerneuropa – zur Union als Ganzes zu klären.

Insgesamt müsse nun ein Diskurs über diese Stellschrauben und ihre mögliche Justierung vorangetrieben werden – nur so lasse sich die breite Legitimation der europäischen Ordnung (wieder)herstellen. 

Andreas Kalina
Sebastian Haas

Die europäischen Institutionen – hier das Europäische Parlament in Strassburg – werden oft als Blackbox wahrgenommen.

© Claude Truong-Ngoc / Wikimedia Commons /cc-by-sa-3.0



Pluralistischer Islam auf dem Balkan

Die 55. Internationale Hochschulwoche* bot wieder Gelegenheit zum Austausch neuester Forschungsergebnisse.

DER ISLAM ist in Europa kein neues Phänomen. Dies gilt insbesondere für Südosteuropa. Dort prägte er seit Jahrhunderten die Geschichte. Auf dem Balkan leben heute etwa 8,5 Millionen Muslime unterschiedlicher Sprache und Herkunft. Sozial, wirtschaftlich und politisch unterscheiden sie sich stark voneinander, nicht zuletzt nach dem Zerfall der kommunistischen Systeme. Religiöse Freiheiten, das Nachwachsen neuer Generationen sowie der Anschluss an die internationale islamische Szene haben zu einer weitgehenden Pluralisierung geführt.

Globalisierung, höhere Mobilität und die Transformation nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten des Ostblocks haben die religiöse Landschaft in Südosteuropa deutlich verschoben. Damit ging ein deutlicher Aufschwung der internationalen Forschung zu diesem Themenbereich einher. Ergebnisse neuerer Untersuchungen wurden auf der 55. Internationalen Hochschulwoche präsentiert. So haben vor allem junge Wissenschaftler die Möglichkeit, sich auszutauschen und ihre Kontakte zu deutschen Forschern zu vertiefen.

Zentrale Fragen

Im Zentrum der Tagung standen folgende Fragen: Wie setzen sich jüngere Muslime mit religiösem Wissen, religiöser Autorität und der Politik auseinander? Welche Rolle spielt der Islam im gesellschaftlichen und politischen Leben in den südosteuropäischen Staaten? Welche Akteure und Gruppen sind an der Neuausrichtung der islamischen Traditionen beteiligt? Wo liegen die Unterschiede zu muslimischen Gemeinschaften in Westeuropa, wo die Gemeinsamkeiten?

Der Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft, der SPD-Bundestagsabgeordnete Gernot Erler, zugleich Russland-Beauftragter der Bundesregierung, betonte zum Auftakt, dass gerade jetzt eine vertiefte Analyse der islamischen Bewegungen in Europa höchste politische Bedeutung besitzt. So themisierte Armina Omerika, Professorin an der Universität Frankfurt am Main, Tendenzen des Neofundamentalismus des Islams auf dem Westbalkan und diskutierte Gegen-

strategien der dortigen muslimischen Gemeinschaften.

Mit Blick auf den islamisch geprägten Terrorismus erinnerte Jordanka Telbizova-Sack, Professorin an der Universität Wien, an Anschläge, die radikale Islamisten vom Balkan ausgeführt hatten und betonte: Radikalisierung und das Rezipieren von islamistischer Propaganda hängt besonders vom sozialen Umfeld ab. Die mittlerweile in westlichen Gesellschaften vorhandene „Anti-Islamstimmung“ sei jedoch ein Produkt von Unwissenheit. Armina Omerika schloss sich dem an: „Der Islam“ sei inzwischen ein Begriff – und eine Wertung. Dabei gebe es nicht „diesen einen Islam“, vielmehr sei der Islam vielfältig, heterogen, bunt.



Armina Omerika: „Der Islam ist vielfältig, heterogen und bunt.“
© Kühl

Xhabir Hamiti, Professor an der Universität in Pristina, referierte über die Islamische Gemeinschaft im Kosovo. Nach seiner Ansicht dürfe der Islam auf keinen Fall die Freiheiten anderer berühren, seiner gewaltbereiten Ausübung müsse Einhalt geboten werden. „Ich glaube, dass unsere Gesellschaften dem Radikalismus und Extremismus nicht erlauben werden, ein Teil der Religion und der Zukunft unserer Kinder zu werden“, betonte er. Jordanka Telbizova-Sack blickte auf Bulgarien und fragte, wie dort mit radikalem Islam umzugehen sei.

Bedenkliches aus der Türkei

Kerem Öktem, Professor an der Universität in Graz, schätzte die aktuelle Lage in der Türkei sehr kritisch ein: keine realistische Hoffnung, der Europäischen Union beizutreten, eine sich abzeichnende enorme wirtschaftliche Krise, ein nicht mehr bestehender Rechtsstaat, de facto eine abgeschaffte Demokratie. Raoul Motika erläuterte die türkische Religionspolitik: Der Islam sei eine mächtige Ressource in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Die regierende AKP habe einen fundamentalen Wandel hin zu einem Staat durchgeführt, in dem der Islam eine zentrale öffentliche Rolle spielt – und das in einer einstmals säkularisierten Republik.

**Sebastian Haas
Dominik Kühl
Wolfgang Quaisser**

* In Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft

„Make America Great Again?“

Beim Akademiegespräch am See waren die Präsidentschaftswahl in den USA und ihre Folgen das Thema.

AMERIKA HAT GEWÄHLT. Allen Prognosen und Umfragen zum Trotz, mit unerwartetem Ausgang. Der neue, 45. US-Präsident Donald J. Trump führte einen Wahlkampf, der wie kein anderer zuvor die Gemüter erhielt, der ein Tabu nach dem anderen brach, und den die Welt mit Spannung verfolgte. Gemeinsam mit dem Politologen James W. Davis (Universität St. Gallen) und dem Historiker Volker Depkat (Universität Regensburg) zog Akademiedirektorin Ursula Münch eine erste Bilanz.

Perfekte Inszenierung

Das Wahlergebnis vom 8. November 2016 ließ viele ungläubige Gesichter zurück: Die aussichtsreiche Kandidatin der Demokraten, Hillary Clinton, hatte in den entscheidenden Staaten keine Mehrheit der Wahlmänner gewinnen können. Ihrem Gegenkandidaten und Sieger des Abends war es gelungen, traditionelle demokratische Wähler für sich zu gewinnen. Eine ganz bunte Truppe habe für Trump gestimmt, stellte



Der neue Mann im Weißen Haus: Donald Trump

© Noopy420 / CC BY-SA 4.0

gewesen, dass ihm klassische Medien einen Raum gaben, den Clinton nie füllen konnte. Gleichzeitig habe dieser Wahlkampf aber auch tiefgehende Identitätsfragen berührt. Sie zeigten sich in der Urangst der Amerikaner vor zu viel Staat, die Trump gezielt ansprach. Dies äußerte sich auch in der Ablehnung einer Sozialversicherung, mit der vielfach eine Einmischung des Staates und Beschränkung der individuellen Freiheit verbunden würde. Drittens richtete sich diese Wahl gegen eine Elite, die mehrheitlich nicht mehr die Identität vieler Landsleute widerspiegeln konnte. Depkat nannte dies gar einen „Kultukampf des Frauseins einer post-60-Generation“. Dass Trump diese Wahl habe gewinnen können, entschied sich seiner Analyse nach auch an der Frage über das gegenwärtige Frauenbild. Demnach stehe Clinton für ein Frausein, das heute gerade nicht mehr in das Bild all jener Frauen passe, die mehrheitlich für Trump stimmten.

Polarisierung und Spaltung

Nach der Wahl Trumps stellt sich die Frage nach der tatsächlichen innenpolitischen Gestaltungsmacht des Präsidenten. Seit Ronald Reagan trieben die Amtsinhaber die Machtkonzentration im Weißen Haus kontinuierlich voran. Wie können ausgleichende Mechanismen künftig wirken? Republikaner und Demokraten sind polarisiert. Schon unter der Präsidentschaft Obamas waren gegenseitige Blockaden keine Seltenheit. Eigentlich gäbe es in den USA keine Parteien mehr, meinte Davis. Vielmehr seien es eher Stammbeszeichnungen. Diese kämen alle vier Jahre zur Geltung, zögen sich dann aber zurück und übrig blieben Einzelkämpfer wie Trump. Beide Gesprächspartner meinten, dass künftig zu beobachten sein werde, dass einzelne Republikaner gegen die Linie des neuen Präsidenten argumentieren, und zwar dann, wenn sie aus einer eher traditionellen Richtung kommen. Andererseits könnten aber auch einige Demokraten eine Art Teilidentität mit Trump entwickeln. Dies würde die Republikaner dann zusätzlich spalten.



© STUTTMANN

Depkat fest. Wohl auch, weil der im Wahlkampf eher unterhielt, als mit sachlichen und kompetenten Argumenten für die eigenen präsidialen Fähigkeiten zu werben. Trump wurde oft belächelt, doch gerade das habe zusätzliche Wähler mobilisiert, fasste es Volker Depkat zusammen. Er habe ein „us against them“ perfekt inszeniert.

Kultukampf

Der Wahlkampf habe etwas gänzlich Neues hervorgebracht, stellte Davis fest. Trump sei in seiner bislang für einen Präsidentschaftswahlkampf unkonventionellen und undisziplinierten Art derart fremd für das Land

Hinter der künftigen Außenpolitik stehe noch ein großes Fragezeichen. Das Beraterteam des künftigen Präsidenten sei sehr heterogen und zeichne sich durch einen Verzicht auf demokratisch gewachsene Persönlichkeiten aus. Zu erwarten seien neue Partnerschaften des Landes im internationalen Gefüge.

Neue Partnerschaften

Allerdings waren die USA schon immer ein interessengeleiteter Akteur in den internationalen Beziehungen, die teils unilateral, teils bilateral oder multilateral agierten. Die gegenwärtige Panik Europas, die sich unmittelbar nach der Wahl einstellte, sollte daher keinesfalls davon ablenken, was künftig aus Europa werde, warnte Davis. Auch dürfe man die transatlantischen Beziehungen nicht am Verhältnis zur Zeit des Kalten Krieges messen, sagte Depkat.

Digitale Ökonomie

Insgesamt war das Wahlergebnis Ausdruck einer stark nach innen gerichteten Sicht. Jedoch blende auch Trump die Interdependenzen zwischen Innen- und Außenpolitik weitgehend aus. Genau das, so James Davis, wird wahrscheinlich auch das Scheitern seiner Präsidentschaft einläuten. Trump könne kaum so viele



Ursula Münch eröffnete das Akademiegespräch mit James Davis (links) und Volker Depkat.

© Zerbel

Jobs in die Industrie zurückbringen, wie er im Wahlkampf ankündigte. Die Volkswirtschaft der Elterngeneration verschwindet, die junge Generation wachse hinein in eine neue ökonomische Welt, in der Automatisierung und Digitalisierung zunehmen. Dies sei auch eine große Chance. Es entstehe eine neue politische Generation, die sich bereits in der hohen Zustimmung für den gegen Clinton unterlegenen Bernie Sanders zeigte. Sie werde die USA künftig gestalten.

Anja Opitz

Atmosphärische Störungen in der Arktis

Klimawandel und Ressourcenreichtum haben internationale Begehrlichkeiten und Konfliktpotenziale rund um die Polarregion geweckt. Droht ein „(eis)kalter Krieg“?

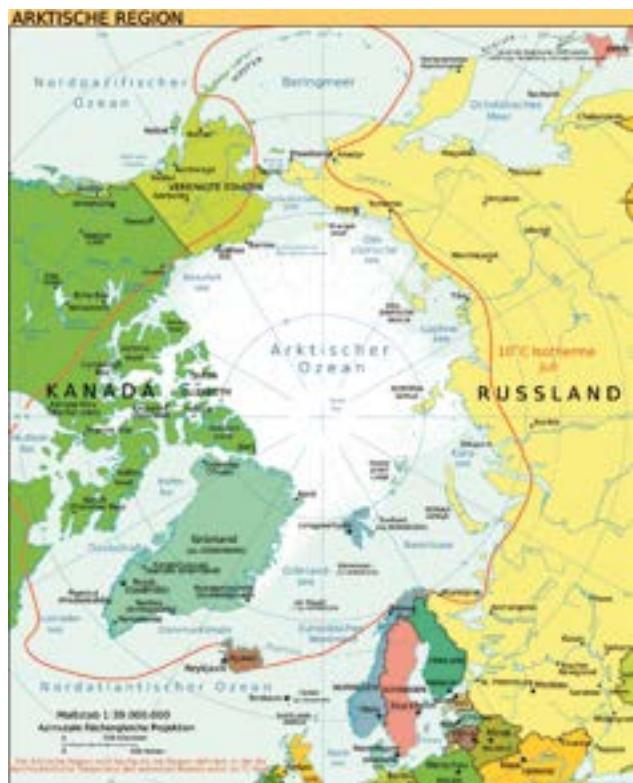
RUSSLAND hat im Sommer 2007 mit einer ebenso spektakulären wie provokanten Platzierung einer russischen Flagge aus Titan auf dem arktischen Meeresgrund seine Ansprüche auf ein 1,2 Millionen Quadratkilometer großes Territorium unterstrichen und damit die anderen Anrainerstaaten brüskiert und herausgefordert. Vor diesem Hintergrund setzten wir uns mit den aktuellen geopolitischen Entwicklungen in der Arktis auseinander, wobei es zugleich um die Frage ging, welche Rolle der globale Klimawandel im Rahmen der internationalen Sicherheitspolitik spielt.



*Schwimmendes Eis in der Arktis
© unsplash / pixabay CCO public domain*

In der Arktis vollzieht sich der Klimawandel außergewöhnlich schnell, deutlich schneller als in anderen Weltregionen, so Rüdiger Glaser, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Physische Geographie an der Universität Freiburg. Seit den 1990er Jahren

ist die Durchschnittstemperatur um drei Grad gestiegen, das Eis sei seit damals um 52 Prozent abgeschmolzen. Das Gleichgewicht zwischen der Schmelze im Sommer und der Eisbildung im Winter gerate immer mehr aus der Balance: Dementsprechend veranschaulichte auch Mechita Schmidt-Aursch, Polarforscherin am Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven, anhand von aktuellen Daten, dass sich die Meereisausbildung auf einem historischen Tiefstand befindet. Neben der allgemeinen globalen Erwärmung führen



Der Arktische Ozean und die Nordpolarregion

© Sanao / wikipedia commons

insbesondere zwei Effekte zu diesem Rückgang des Meereses: zum einen ungewöhnlich hohe Temperaturen an der Meeresoberfläche, zum anderen eine starke atmosphärische Zirkulation. Nicht einmal die Bedingungen in den bisherigen Rekordjahren 2012 und 2015 hätten bei Herbstmessungen für eine derart kleine Eisdecke gesorgt: „Das Eis wächst so langsam, wie nie zuvor gemessen.“

Terra incognita im Suchscheinwerfer

Es wäre verkürzt, die Folgen des arktischen Klimawandels allein im geostrategischen und ökonomischen Bereich zu verorten. Vielmehr habe die Eisschmelze auch gravierende ökologische Folgen und vor allem auch soziale Auswirkungen für die in der Arktis lebenden Menschen, zumal sich deren Lebensumfeld radikal ändert, so Schmidt-Aursch. So sei bei den Menschen dort eine überdurchschnittlich hohe Perspektivlosig-

keit wahrnehmbar, die sich in Abwanderung, Brain-Drain, aber auch in einer überdurchschnittlichen Suizidrate und Alkoholmissbrauch niederschlage.

Mit Blick auf diese Effekte sei es durchaus positiv, dass die Arktis als bisherige Terra incognita verstärkt in den Fokus der internationalen Gemeinschaft rücke. Denn dadurch würden auch diese vielfältigen Probleme sichtbarer und die relevanten Regierungen und Organisationen zusätzlich motiviert, Abhilfe zu leisten: Diese müsse vor allem in bildungs- und beschäftigungspolitischen Anstrengungen liegen, sowie in strukturpolitischen Maßnahmen, die auf die Eigenheiten der Polarregion gemünzt sind. Der Ball liege hier nicht nur bei den Anrainern, deren Möglichkeiten begrenzt sind, sondern bei der Weltgemeinschaft insgesamt.

Ungeklärte Gebietsansprüche

Der verstärkte geostrategische Fokus auf die Arktis, das Liebäugeln mit den dortigen Ressourcen entfaltet vor allem deshalb eine Brisanz, da ihr Rechtsstatus bislang kaum ein Thema gewesen ist. Denn im Gegensatz zum Südpol, wo nationale Gebietsansprüche im sogenannten Antarktisvertrag seit 1959 verbindlich geregelt sind, gilt die Arktis als Meeresgebiet, dessen Parzellierung lediglich der Seemeilenregelung unterliege.

Mit dem Rückgang des Eises werden nun Versuche der Nationalisierung und Territorialisierung der Arktis durch die Anraineraaten erkennbar: So beflaggte 2007 Russland den arktischen Grund mit seiner Fahne, daraufhin erklärte sich 2009 die USA zu einer „Arktis-Nation“, die Europäische Union formulierte ihre eigene „Arktis-Strategie“ und nicht zuletzt haben Norwegen und erneut Russland Gebietsansprüche bei der sogenannten Festlandsockel-Grenzkommission der UNO gestellt. Dabei gilt es zu beweisen, dass sich der Festlandsockel des jeweiligen Landes unter Wasser fortsetzt. Ein Arktis-Vertrag ist angesichts der unterschiedlichen Rahmenbedingungen nicht absehbar, wie Christoph Seidler, Wissenschaftsredakteur beim Spiegel, sagt. Denkbarer wäre die Einrichtung von arktischen Schutzgebieten. Doch auch hierzu fehlt der nötige politische Konsens.

Risiken für Schifffahrt

Dennoch gibt es mit dem Arktischen Rat, in dem alle acht arktischen Staaten vertreten sind, eine internationale Governance-Struktur, die sich durchaus bewährt hat, so Christoph Humrich von der Universität Groningen. Er fungiere als ein effektives Kooperationsforum, um den gemeinsamen ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen durch Synergien und Best Practices beizukommen. Sicherheitspolitische Themen würden allerdings bisher bewusst ausgeklammert.

Ein „(eis)-kalter Krieg“ um die Arktis ist wohl aber nicht zu befürchten. Die Möglichkeit neuer, kürzerer Routen für die kommerzielle Schifffahrt ist allerdings mit bedeutenden Risiken verbunden: Eisberge und die Polarnacht, fehlende Infrastruktur in Notfällen oder auch unkalkulierbare Umweltrisiken bei Schiffskatastrophen schmälern deutlich die Attraktivität dieser Routen, sagte der Heidelberger Geograph Hans Gebhardt.



Hans Gebhardt: „Unkalkulierbare Risiken für die Schifffahrt in der Arktis.“

© APB-Archiv

Auch der Ressourcenreichtum muss differenziert gesehen werden: Die Bodenschätzungen liegen in umstrittenen Territorien, so Schmidt-Aursch, häufig auf dem Festland. In der hohen Arktis sei die Ressourcenförderung zudem nur in flachen Schelfgebieten möglich, deren territoriale Zugehörigkeit ebenfalls größtenteils geklärt ist. Rohstoffe in der arktischen Tiefsee stellen hingegen eine große Unbekannte dar. Ihre Erschließung könnte allenfalls bei stark steigenden Rohöl- und Gaspreisen rentabel sein – bislang ist sie es nicht.

Arktisches Monopoly

Für das Machtgebarum um die Arktis scheint es damit auf den ersten Blick keine rationalen Gründe zu geben, so der Autor des Bestsellers „Arktisches Monopoly“ Christoph Seidler. So geht es mutmaßlich auch darum, sich präventiv Rechte zu sichern – für den Fall, dass sich in Zukunft die Einschätzung über die arktischen Ressourcen ändern sollte.

Golo M. Bartsch, Arktisforscher und Referent im Bundesministerium der Verteidigung, bewertet die russische Arktispolitik als „Show of Force“, um Russlands Übergewicht in der Arktis zu unterstreichen: Es hat die mit Abstand längste arktische Küstenlinie, die höchsten Bevölkerungsanteile jenseits des Polarkreises und verfüge mit seinen Atomeisbrechern über die beste Infrastruktur.

Eine ganz andere Interessenlage spiegelt hingegen das Engagement der Europäischen Union in der Arktis wider, wie Tobias Etzold von der Stiftung Wissenschaft und Politik zeigte. Mit ihren drei Schwerpunkten – Klimawandel und Schutz der arktischen Umwelt,

nachhaltige Entwicklung in der Region und Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit in Arktisfragen – verfolge sie mehr eine problemorientierte, denn symbolische Politik. Zudem leistet sie den höchsten Beitrag zur Arktisforschung.

Insgesamt müsse der Sicherheitsbegriff in Bezug auf die klimatischen und geopolitischen Entwicklungen in der Arktis mehrdimensional gesehen werden: So spielt dort nach Bartsch die „Hard Security“, also die militärische Sicherheitspolitik nach wie vor keine relevante Rolle. Vielmehr avanciere der Klimawandel in der Polarregion zur Herausforderung hinsichtlich der „Soft Security“ und der „Safety“: Dabei gehe es zum einen um die Bewältigung von Ungewissheiten für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, zum anderen um die Infrastruktur zum Schutz von Gesundheit und Leben.

Arktis als Gegenmodell

An der Arktis zeigt sich aber letztendlich, dass „Klima- und Umweltveränderungen auch zur Konfliktvermeidung führen können“, so Bartsch. Denn trotz allem symbolischen Säbelrasseln würden gerade durch die klimatischen Veränderungen allen Anrainern die Gemeinsamkeit der Herausforderungen sowie ihre gegenseitige Angewiesenheit bei deren Bewältigung verdeutlicht. Mehr noch: Ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Arktischen Rates zeige, dass man tatsächlich auch gewillt ist, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Die Arktis könne so als Gegenmodell zu den Klima-Konflikten in Afrika oder im Nahen und Mittleren Osten gesehen werden. Wobei Bartsch noch eins drauf legte: Er könne sich vorstellen, dass die Arktis langfristig eine Art „Eisbrecher“ zugunsten der Wiederaufnahme intensiverer Beziehungen zwischen Russland und dem Westen darstellen könnte.

Andreas Kalina



© LIEBERMANN

Big Data – die mächtigen Datenkraken

Der Tutzinger Mediendialog* war wieder aktuell: Nach dem Hackerangriff auf die Telekom und dem Treiben der sogenannten „social bots“ im US-Wahlkampf stehen Fragen nach Datenschutz und -sicherheit im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.



© LUCKEY_SUN / FLICKR (CC BY-SA 2.0)

DIE DIGITALISIERUNG hat inzwischen alle Lebensbereiche erfasst. Droht somit der Verlust der Privatsphäre, der Würde und der Freiheit des Menschen? Denn die schöne neue digitale Welt hat ihren Preis, den wir mit der täglichen Weitergabe persönlicher Daten bezahlen. Gefahren gehen dabei von intelligenten Algorithmen aus. Sie analysieren, prognostizieren und berechnen uns. Big Data und Data Mining heißen die Geschäftsmodelle der Zukunft.

Datensammelwut der Maschinen

Yvonne Hofstetter ist Expertin für künstliche Intelligenz und Big Data-Unternehmerin. Aber sie steht auf der Seite der Kritiker. Sie warnt vor der Datensammelwut der Maschinen. Die dafür nötigen Messgeräte trägt heutzutage jeder mit sich herum: Smartphones. Dazu kommen jetzt Sensoren in Autos und Haushaltsgeräten, die ebenfalls große Mengen an Informationen sammeln, verarbeiten und weitergeben. Und diese Daten sind der Rohstoff und die Währung des 21. Jahrhunderts. Big Data ist das Rohöl der Zukunft.

Hofstetter kennt die Macht der Datensammler. Sie will Big Data in gesetzliche Schranken verweisen. Deshalb hat sie im Dezember 2016 als Mit-Initiatorin die



Yvonne Hofstetter warnt vor der Datensammelwut der Maschinen.

© Julia Haas

„Charta der Digitalen Grundrechte der Europäischen Union“ als Anstoß für eine öffentliche Debatte veröffentlicht. Sie will den multinationalen Daten-Konzernen enge Grenzen setzen, was sie mit unseren Daten machen können.

Big Data bringt auch für Journalisten neue Herausforderungen, zum

Beispiel beim Informantenschutz. Daniel Moßbucker ist Referent für Internetfreiheit bei „Reporter ohne Grenzen“. Er hat 2015 mit einer Geschichte über die Unmengen von Datenspuren, die er im Zuge einer Recherche produziert hat, für Aufsehen gesorgt. Er beklagt, dass der Informantenschutz im digitalen Zeitalter nicht mehr gewährleistet wird. So wird das Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten ausgehöhlt. Datenverschlüsselung oder – wenn möglich – der Verzicht auf digitale Recherche müsse Standard im investigativen Journalismus werden.

„Durch Digitalisierung bleibt kein Stein auf dem anderen.“

Yvonne Hofstetter

Die Chancen von Big Data für Medienunternehmen zeigten Martin Virtel und Peter Adolphs auf. Virtel ist Entwicklungsredakteur bei der Deutschen Presseagentur (dpa), Adolphs arbeitet für die Berliner Digitalagentur Neofonie. Sie haben mit Projekt „News Stream“ auf Big Data basierende Anwendungen entwickelt, die Journalisten in Zukunft die Recherche erleichtern sollen.

Computer werten Datenströme aus, um rechtzeitig strittige Themen zu erkennen. Algorithmen machen Journalisten auf Gerüchte aufmerksam. Virtel sagte: „Früher war es undenkbar, dass die dpa etwas aufschreibt, das nicht stimmt – heute ist das ein zusätzlicher Service der Agentur. In einem neuen Format stehen nicht nur gesicherte Informationen („Was wir wissen“). Auch Gerüchte aus sozialen Netzwerken kommen in den Text, deutlich deklariert als „Was wir nicht wissen“.

* In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Klaus Mainzer ist Informatiker und Wissenschaftsphilosoph. Der inzwischen emeritierte Professor an der TU München analysierte auf der Tagung die „intelligenten Infrastrukturen“, die unser Leben zunehmend bestimmen: selbstfahrende Autos werden zu mobilen Endgeräten und Big Data-Zentren. Denn für eine unfallfreie Fahrt ist die permanente Sammlung, Analyse und Umsetzung von sehr großen Datenmengen nötig. Die Frage bleibt: Wer ist am Ende verantwortlich, wenn die Technik versagt? Und wer trifft ethische Entscheidungen bei einer drohenden Kollision mit Kindern oder Rentnern?



Klaus Mainzer: „Die intelligenten Infrastrukturen dürfen nicht aus dem Ruder laufen.“

Mainzer ist überzeugt, dass die Städte der Zukunft (Mega Cities) nur noch mit Big Data steuerbar sind. Die Risiken sind unübersehbar: Wer greift auf die Daten zu? Wie werden sie vor Missbrauch geschützt? Und wie verletzlich und störanfällig sind sie bei Hackerangriffen? Mainzer plädierte für eine stärkere interdisziplinäre Kooperation zwischen Human- und Technikwissenschaften: „Wir brauchen eine ethische ‚Road map‘ für das autonome Fahren.“ Die digitale Würde des Menschen sei zu beachten. Die intelligenten Infrastrukturen dürfen nicht aus dem Ruder laufen.

Auch Markus Morgenroth hat die Seiten gewechselt. Der Informatiker hat in den USA und Deutschland für Big-Data-Firmen gearbeitet. 2013 wurde er vom Saulus zum Paulus und wandelte sich zum scharfen Kritiker seiner Branche. Er zeigte auf, wo überall Datensammler und -händler ihr legales Geschäft betreiben. Viele Apps auf dem Smartphone geben Daten ohne Kenntnis ihrer Besitzer weiter, Gesundheitsarmbänder liefern relevante Daten an Krankenkassen, Ärzte und Apotheken reichen anonymisierte Patientendaten an Pharmakonzerne weiter. Dabei explodiert die globale Datenmenge: Bis zum Jahr 2003 wurden weltweit fünf Milliarden Gigabyte produziert. Dieselbe Menge entstand 2011 in 48 Stunden, heute in etwa drei Stunden.



Markus Morgenroth zeigte, wie Datensammler und -händler ihr legales Geschäft betreiben.

Die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sieht Freiheit und Selbstbestimmung durch Big Data bedroht. Durch die globale Vernetzung würde das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt.

Grundrechte bewahren

Wenn Datenmissbrauch stattfindet, nähmen Demokratie und freie Meinungsbildung Schaden. Deswegen unterstützt sie auch die schon genannte Digitalcharta: „Ich freue mich, dass es diesen Anstoß auf europäischer Ebene gibt. Wir brauchen eine öffentliche Debatte über diese Themen.“



Constanze Kurz (links) und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wollen Big Data politisch gestalten und einzäunen.

Die Informatikerin Constanze Kurz ist Sprecherin des Chaos-Computer-Clubs und sagt: „Die Unsicherheit bei der Informationstechnologie ist kein Naturgesetz. Wir können und müssen sie politisch gestalten.“ Und der frühere Bundesbeauftragte für den Datenschutz Peter Schaar meinte: „Datenschutz ist kein Selbstzweck. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Grundrechte unter veränderten technologischen Bedingungen bewahrt werden.“

*Michael Schröder
(siehe MedienSpiegel Seite 37)*

Linktipps:

<https://digitalcharta.eu/>
<http://newsstreamproject.org/>



©TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

Das Ende der Einbahnstraße

Wie sich das Verhältnis von Journalisten und ihrem Publikum verändert hat und weiter verändern wird.

ES IST EIN SCHWIERIGES VERHÄLTNIS: Journalistinnen und Journalisten sind auf Rezipienten angewiesen, die über Print, Audio, Video und Social Media kommunizierte Inhalte konsumieren. Doch viele Mediennutzer machen – wenn es gut läuft – lieber selbst Vorschläge zu Themen und Recherche. Wenn es schlecht läuft, schimpfen und pöbeln sie oder ignorieren die Berichterstattung völlig. So wirkt die Kommunikation mit der Zielgruppe vor allem anstrengend, zeitraubend, geprägt von Widerspruch und rechtlichen Fallstricken. Aber sie ist auch gewinnbringend, kann neue Formen der Zusammenarbeit und eine Verbesserung der Berichterstattung zur Folge haben.

Blick in die digitale Zukunft

Bei der Tutzinger Journalistenakademie „Das Ende der Einbahnstraße – zum neuen Verhältnis zwischen Journalist und Publikum“ haben die Podiumsgäste mehr als eine Problemschau über unqualifizierte Diskussionen, Shitstorms und die psychische Belastung von Redakteuren betrieben. Vielmehr ging der Blick in die digitale Zukunft.

So entwickelt die WeltN24-Gruppe, wie deren stellvertretender Chefredakteur Oliver Michalsky erläuterte, derzeit einen sogenannten Kommentar-Bot. Der entfernt unqualifizierte Kommentare direkt von der Website oder legt sie den Redakteuren zur Überprüfung vor, und lernt aus deren Entscheidungen. Das Interesse dahinter? „Die Qualität der Beiträge zu verbessern“, betont Michalsky, der jede Reaktion auf die Berichterstattung zunächst positiv bewertet: „Wir wollen doch wahrgenommen werden.“



Oliver Michalsky: „Qualitätsverbesserung ist das Ziel.“
© Zerbel

24 Stunden Kontakt

Um diese Wahrnehmung weiter zu steigern, arbeiten die Redaktionen mit immer neuen Kanälen (wie die Messenger WhatsApp und Snapchat oder das Foto-

netzwerk Instagram), in denen sie teils 24 Stunden am Tag direkt mit ihrem Publikum in Kontakt stehen. Vermehrt geht es dabei darum „zu erklären, was wir tun, warum wir das tun und warum wir das aus freien Stücken tun“ – so beschreibt Barbara Hans, stellvertretende Chefredakteurin von SPIEGEL Online, das Konzept eines sogenannten conversational journalism. Der fördert die Diskussionskultur, verschlingt viel Arbeitszeit, bringt aber oft mehrere zehntausend Reaktionen mit sich; sei es bei der Frage nach einem Schlusssatz für den neuen Tagesthemen-Moderator, bei der Suche nach den besten Eisdiele oder Informationen zu den aktuellen Dispo-Krediten verschiedener Banken. Daraus entsteht für Journalisten die Pflicht, weiterzuarbeiten, und sie wären verrückt, die Informationsquelle Social Media versiegen zu lassen – auch wenn sich dort für die Verlage (noch) kein Geld verdienen lässt.

Zwei Tage intensive Diskussion unter Journalisten in der Akademie machten wieder einmal deutlich: Nur das klassische Handwerk aus Recherche, Genauigkeit und Einordnung (garniert mit Schnelligkeit, Originalität und Transparenz) bringt die Berichterstattung wirklich weiter. Ohne eine Erweiterung der Verbreitungswege ins Digitale wird es aber nicht funktionieren; sonst wird der gewünschte Qualitätsjournalismus bald nicht mehr bei der Bevölkerung ankommen.

Sebastian Haas



Einen ausführlichen Bericht, geschrieben von zwei jungen Teilnehmern der Tutzinger Journalistenakademie, finden Sie auf unserer Homepage: <http://bit.ly/journalist-publikum>.

Tutzinger Sommerakademie Ökonomie

Geld, Kapital und Schulden

Die Begriffe Geld, Kapital und Schulden greifen so stark ineinander, dass man sie nicht isoliert behandeln kann.

DAS PAPIERGELD und der „öffentliche Kredit“ seien, so Georg Eckert von der Universität Wuppertal, konstituierende Merkmale des modernen Staates. Die staatliche Defizitquote (Schulden in Relation zum Sozialprodukt) hätte sich seit dem 17. Jahrhundert als verlässliches Barometer für Kriege und Bürgerkriege erwiesen. Geld sei mit dem Entstehen der Nationalstaaten faktisch neu erfunden worden. Es sei nunmehr nichts anderes als ein Schulschein. Der Privatkredit habe in der Moderne eine zentrale Bedeutung erlangt und „Schuldenmachen“ sei normal geworden.

Grenzenlose Schulden?

Führt diese Schuldenökonomie nicht in den Ruin? Thiess Büttner von der Universität Nürnberg-Erlangen machte deutlich, dass es gute und unstrittige Gründe für Verschuldung gebe. Dies gelte insbesondere dann, wenn es sich um langfristige Investitionen handele, deren Erträge über längere Zeit wirkten und die aus Ersparnissen nicht finanziert werden könnten. Beispiele: die öffentliche Infrastruktur und der Kauf einer Immobilie. Verschuldung werde dann problematisch, wenn Zinsen und Tilgungen nicht mehr gezahlt werden können.

Der Staat könne, so Thiess Büttner, langfristig mit einer manchmal sogar recht hohen Verschuldung leben, denn es gehe eigentlich hier nicht wirklich um eine Tilgung der Schulden, sondern um deren „Roll Over“, d.h. deren Refinanzierung durch neue Schulden. Um dieses System langfristig stabil zu halten, sollten die Schulden insbesondere in Relation zur Wirtschaftsleistung konstant bleiben, d.h. die Zinslast der Neuverschuldung sollte aus dem Primärhaushalt des Staates finanziert werden können. Trotz der Niedrigzinsen sei dies in Europa, mit Ausnahme Deutschlands, nicht der Fall, d.h. die Verschuldung steige stetig



Thiess Büttner: „Es gibt gute Gründe für Verschuldung.“

© Köhl



© I-VISTA / PIXELIO.DE

weiter. Die Niedrigzinspolitik untergrabe die Finanzstabilität, so die nüchterne Feststellung Büttners. Die Eurozone bleibe gefährdet.

Dieses Gefühl haben viele EU-Bürger, denn die Angst vor Inflation und Währungsreform ist in Deutschland besonders groß. Das hat historische Gründe, denn – so Peter Hampe – schon zweimal hätten die Deutschen ihr Geld verloren. Die Gründe lagen jeweils in den Urkatastrophen des 20. Jahrhunderts, dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und waren Ausdruck tiefer gesellschaftlicher Umbrüche und Konflikte. Hyperinflationen untergruben die elementaren Geldfunktionen und zwangen zu den Währungsreformen von 1923/4 und 1948.

In diesen Situationen sei ein „Währungsschnitt“ unvermeidlich gewesen. Ein solcher, nicht wertgerechter Umtausch des alten Geldes sei ein Horrorszenario für Geldbesitzer. Anders würde es sich bei einer Währungsumstellung verhalten, bei der der Realwert des Geldes weitgehend gleich bliebe, wie es beispielsweise 2001 bei der Einführung des Euro gewesen sei.

Krisenszenario

Thomas Mayer, der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, skizzierte das Krisenszenario, ein völlig neues Geldsystem einzuführen. Es müsse nicht nur stabil sein, sondern auch Wirtschaft und Finanzmärkte von Krisenzyklen befreien. Die erste sei eine eher sozialistische Lösung, die schon Joseph Schumpeter vorgezeichnet habe. Sie beinhaltet den Übergang zu einem Vollgeldsystem, in dem die Zentralbank die alleinige Geldschöpfung übernimmt und faktisch die Kredite zuteilt. Die zweite wäre die Golddeckung der Währung, wie sie schon bis Mitte des 20. Jahrhunderts von maßgeblichen Ländern eingeführt, dann aber als zu inflexibel wieder abgeschafft wurde.

Die dritte Möglichkeit sei eine Aktivgeldordnung. Sie könnte durch staatliche und private Initiativen parallel schon jetzt entstehen. So könnten neben dem Euro wieder nationale Währungen eingeführt und eine von der Bundesbank ausgegebene „Goldmark“ eingeführt werden. Sie könnte durch private Kryptowährungen wie dem Bitcoin ergänzt werden. Der Wettbewerb der Währungen würde dann zeigen, welches Geld sich durchsetze.



Thomas Mayer skizzierte Szenarien für ein neues Geldsystem.

Geldrevolutionen blieben der Schweiz erspart, was das Land auch zum Fluchtziel von Kapital machte. Die helvetische Geldpolitik hätte sich jedoch immer wieder geändert, so Armin Jans, ehemaliges Mitglied im Bankrat der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Zuletzt sei beispielsweise 2015, die feste Bindung des Schweizer Franken (CHF) an den Euro, die man zur Stützung der Exportwirtschaft 2011 einföhrte, aufgegeben worden. Sie sei einfach angesichts der enormen Kapitalzuflüsse zu teuer geworden. Eine stabile Europäische Währungsunion liege deshalb im Interesse der Schweiz. Der überbewertete Schweizer Franken, die Null-Zinspolitik und die Einführung des automatischen europäischen Informationsaustausches ab 2018, machten Schwarzgeldanlagen in der Schweiz immer weniger attraktiv bzw. unmöglich.

Wachsende Ungleichheit

Doch die Sorgen von wohlhabenden Vermögensbesitzern angesichts der Nullzinspolitik der Zentralbanken und schwankender Finanzmärkte blenden aus, dass offensichtlich in den letzten Jahrzehnten die Einkommens- und Vermögensverteilung immer ungleicher geworden ist. So besäßen die reichsten 10 Prozent

© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM



der Bevölkerung etwa 85 Prozent des Weltvermögens, dagegen die ärmste Hälfte nur ein Prozent, so Richard Frensch von der Universität Regensburg. Diese Entwicklungen gewinnen auch zunehmend an politischer Brisanz, denn das Gefühl von der Wohlstandsentwicklung „abgehängt“ zu sein, überkomme immer mehr auch die Mittelschicht in Europa und Amerika. Politische Folgen wie der Erfolg des Rechtspopulismus sind bereits erkennbar.

Frensch zeigte, dass die Vermögenskonzentration immer höher sei als die Konzentration von Arbeitseinkommen. Obwohl die Vermögenskonzentration zunehme, sei sie aber immer noch weitaus geringer als vor hundert Jahren. Sie steige seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts wieder an. Ursache für die langfristig steigende Vermögenskonzentration sei, dass die Wachstumsrate der Rendite von Vermögen (r) größer als diejenige des Sozialproduktes (g) sei. Der wachsenden Konzentration könne man mit progressiven Steuern für Vermögen und Nachlässe entgegenwirken.



Richard Frensch: „Vermögenskonzentration steigt wieder an.“

Geld und Glück

Für eine anregende Diskussion sorgte Karlheinz Ruckriegel mit seinem Vortrag „Geld und Glück“. Er zeigte eine andere Seite ökonomischen Denkens auf: Geld kann zwar eine Vielzahl unserer Bedürfnisse befriedigen, ist aber nicht das höchste Ziel. In unserer Gesellschaft ginge es nur darum, ein möglichst hohes Einkommen zu erzielen, dabei vergesse man, dass sich die Lebenszufriedenheit am besten dadurch steigern lässt, indem man die verfügbare Zeit besser nutzt. Es sei daher vollkommen unökonomisch, sich auf Geld und Einkommen zu fixieren. Zeit sei die weitaus begrenztere Ressource. „Glückliches Geldausgeben“ bedeutet dennoch, in Erfahrungen zu investieren oder Zeit und Freiheit zu kaufen. Empirische Untersuchungen aus der ökonomischen Glücksforschung zeigen, so Ruckriegel, dass der Glückzuwachs durch Einkommenssteigerungen bei ärmeren Ländern (oder Haushalten) deutlich höher ausfällt als bei reichen. Man kann es auch salopp so formulieren: Wenn man kein Geld hat, ist man eher unglücklich, doch ab einem gewissen Niveau bringt Geld kaum mehr steigende Zufriedenheit.

Sebastian Haas
Dominik Kühl
Wolfgang Quaisser

Die alten und neuen Seidenstraßen

Kunstraub und Kulturzerstörung im Nahen und Mittleren Osten sowie die Wiederbelebung alter Handelsrouten durch China waren Schwerpunkte unserer Asien-Akademie.

HUNDERTTAUSENDE Raubgrabungen im Nahen und Mittleren Osten sättigen den internationalen Kunstmarkt. Aber die zurückbleibenden Mondlandschaften zerstören das Bodenarchiv der Menschheit, so Michael Müller-Karpe vom Römisch-Germanischen Zentralmuseum in Mainz. Der archäologische Wert werde durch illegale Raubgräber auf der Suche nach Gold vollständig zerstört. „Nur wenn kein Geld mehr fließt, entzieht man der Organisierten Kriminalität die Grundlage.“ Müller-Karpe erläuterte, dass ein Leihsystem, in dem sich öffentliche und private Sammlungen gegenseitig und auch an Firmen Kunstwerke ausleihen, eine Lösung wäre. Der Handel mit und der Erwerb von Antiken zweifelhafter Herkunft ist kein Kavalierdeikt, sondern unterstützt den IS sowie Drogen- und Waffenhändler.

Perfide Strategie

Seit 1869 ist Graben und Handel in Irak und Syrien verboten. Legale Objekte gibt es also nur im Museum! Antiken ungeklärter Herkunft kommen aus kriminellen Raubgrabungen und terroristischen Netzwerken. Wer sie kauft, spielt dem organisierten Verbrechen in die Hände. Verkaufssummen im zweistelligen Millionenbereich senden eindeutige Signale an Grabräuber. Der IS folgt einer perfiden Strategie: Zerstört wird, was zu groß und zu bekannt ist, alles andere wird verkauft.

Das Kulturgüterrückgabegesetz und das Kulturschutzgesetz beweisen, dass Deutschland seinen internationalen Verpflichtungen zum Kulturgutschutz nicht nachgekommen ist. Eine entsprechende Ratifizierung erst 2007 sorgt dafür, dass Objekte, die davor nach Deutschland kamen oder ältere Kaufbelege haben, legalisiert sind. Hehlerei verjährt schnell und wird selten verfolgt. So tauchen auf Messen und Auktionen immer wieder erstaunliche Objekte auf, so wie eine 4000 Jahre alte Axt aus dem südirakischen Ur-



Karawane auf der Seidenstraße (1375)

© Abraham Cresques - Katalanischer Weltatlas / PM. History 2/2011, Public Domain

Thomas Höllmann (Universität München) stellte die historische Seidenstraße mit Gesandtschaften und an den chinesischen Kaiserhof zu leistende Tributeisungen dar. Münzen und Fresken dokumentieren die weite geographische Ausdehnung des Seidenstraßenhandels. Die Verbindungen manifestieren sich nicht nur in Handel und Kunst, auch reisende Mönche verschiedener Religionen trugen zum Austausch bei. China importierte Religionen, so Höllmann, insbesondere Buddhismus. Umgekehrt exportierte China großartige Erfindungen wie Schrift, Papier und Druck. In Turfan konnten über 20 Sprachen und Schriften dokumentiert werden. Zur Kulturzerstörung wies Höllmann auf die Verwüstungen durch die chinesische Kulturrevolution in den 1960er Jahren hin.

Schiffswrack aus dem 9. Jahrhundert

Angela Schottenhamer (Universität Salzburg) erläuterte die maritimen Handelsrouten und Traditionen. Ab dem 8. Jahrhundert expandiert der Seehandel: Muslimische Kaufleute lassen sich in Kanton nieder. China startet den Seehandel erst im 11. Jahrhundert, kann dadurch aber auf die Erfahrungen der Vorgänger zurückgreifen. Die Bestimmung der Warenvielfalt sei heute allerdings eine Herausforderung, so Schottenhamer. Keramik und Münzen überleben in Schiffswracks, Seide nicht. Ein Wrack aus dem 9. Jahrhundert in indonesischen Gewässern ist der älteste Fund.



Angela Schottenhamer erläuterte die maritimen Handelsrouten und Traditionen.

Nele Noesselt (Universität Duisburg-Essen) erläuterte Chinas neues Seidenstraßenkonzept „One Belt, One Road“ („OBOR“). 65 Staaten liegen entlang der Wirtschaftskorridore, die die Seidenstraßenrouten heute darstellen. China investiert Milliarden in die eigenen Gebiete im Norden und Westen und in angrenzende Regionen, um Infrastruktur aufzubauen: Straßen, Schienennetze und Kraftwerke. Der Inselstreit im Südchinesischen Meer und der Ausbau der amerikanischen Marinepräsenz im pazifischen Asien sind Herausforderungen für die chinesische Regierung. Überkapazitäten müssen abgebaut werden, die Energieversorgung, aber auch Exportmärkte und -wege sind zu sichern. Kritiker diskutieren, ob hinter „OBOR“ ein Masterplan steht, mit dem China als neuer Global Player eigene Standards und Werte setzen will – gegen internationale Normen. Peking betont den kooperativen Charakter des neuen Seidenstraßenkonzepts: ohne Interventionen und ohne Strukturveränderungen.

Objekte in europäischen Museen

Routen der Seidenstraßen lassen sich bis auf das 5. und 6. Jahrhundert vor Christus zurückführen. Sammlungen chinesischen Porzellans belegen, so Christl Catanzaro von der Universität München, den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen dem Nahen und Fernen Osten. Im 17. und 18. Jahrhundert reichte ein armenisches Handelsnetz bis Kanton, Singapur und Manila. Der Iran, so Catanzaro, war von Kunstraub vielfach betroffen. Zahlreiche Objekte finden sich im British Museum, im Louvre, in der Ere-

mitage und im Victoria & Albert Museum. Weniger spektakulär und bekannt sind die Sammlungen persischer Handschriften, die sich auch in der Bayerischen Staatsbibliothek befinden.

Stammesgesellschaften und Herrscherfamilien prägen die Politik auf der Arabischen Halbinsel, erklärte Thomas Demmelhuber (Universität Erlangen-Nürnberg). Diese Traditionen seien älter als die jeweiligen arabischen Staaten. Wenig unterscheidet sich so vom politischen System der Volksrepublik China wie die arabische Welt dieser Clans. Die Arabische Halbinsel ist auch nicht Teil des neuen Seidenstraßenkonzepts. Doch über 3000 chinesische Firmen in Dubai machen die Golfstaaten zu einem geopolitischen Schachbrett, so Demmelhuber. Umgekehrt nutzen die Arabischen Monarchien die neuen Seidenstraßen für ihre eigene Wirtschaftspolitik und bauen ein gigantisches logistisches Drehkreuz auf. Die großen Firmen sind als Global Player auch in China präsent. Chinas Aufstieg und die neue, wichtige Rolle Irans sind Vorzeichen großer geopolitischer Verschiebungen.



Thomas Demmelhuber mit einem antiken Artefakt
© APB-Archiv

Saskia Hieber



Die Oasenstadt Samarkand wurde etwa 750 v. Chr. gegründet und kam durch ihre Lage an der Seidenstraße zu Wohlstand.
© Ekrem Canli / CC BY-SA 3.0

Antike Fragen – neu gestellt

Philosophie vor Ort bei einer Studienreise nach Griechenland

IST POLITISCHE BILDUNG LEHRBAR? Die Einrichtung der Akademie und zumal der Akademie für Politische Bildung setzt ein „Ja“ auf diese Frage voraus. Doch eigentlich ist schon an der Frage selbst jeder Bestandteil fragwürdig. Was bedeutet „Lehrbarkeit“, was ist Bildung und wofür steht das „Ist“? Setzt es nicht einen gleichsam fertigen Lerngegenstand voraus? Ist es nicht vielmehr so, dass jeder Lehrversuch die zu vermittelnde Sache überhaupt erst gestaltet und mithin werden lässt, statt sie fix und fertig zu übergeben? Um derart grundsätzlich zu fragen, gibt es seit alters eine eigene Wissenschaft, die auch den Anstoß zur Begründung der ersten Akademie im Athen der klassischen Zeit gab: die Philosophie. Rund 20 Mutige brachen nach Griechenland auf, um diesen Fragen gleichsam am Entstehungsort nachzugehen.* Mut ist dabei nötig, weil die Fragen, die mit Hilfe von Platons Dialog „Protagoras“ entdeckt wurden, zunächst fremd schienen und schließlich zu Fragen an die Teilnehmer selbst wurden.

Voller Begeisterung stürzt eines frühen Morgens der junge Hippokrates in das Haus des noch im Bett ruhenden Sokrates. Der berühmte Protagoras ist in der Stadt und Hippokrates will sogleich zu ihm. Mit einigen weiteren berühmten Lehrern ist er an der besten Adresse Athens, im Haus des Kallias, versammelt. Sokrates soll den jungen Mann nun dort einführen. Er, der nicht allzu viel von Reichtum und Wichtigtuerei hält, fragt Hippokrates, warum er überhaupt zu Protagoras möchte. Hippokrates verspricht sich viel von einer Schülerschaft, weiß allerdings nicht, was man dort lernen und werden kann.

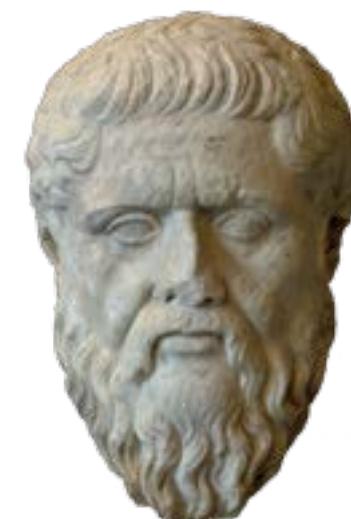


Gerhard Stamer mit Asklepios im Hintergrund

Psychotherapie gegen falsche Bildung

So begibt sich der junge Mann Sokrates zufolge in größte Gefahr, denn jede Belehrung formt den Menschen nicht nur in seiner Vorstellungs-, sondern sogar in

seiner unmittelbaren Gefühlswelt, sie bestimmt, was den Menschen fortan motiviert. Platon nennt dieses innere Zentrum des Menschen seine Seele. Sie ist sein wertvollster Besitz und macht sein Wesen aus. Wahllose Wissens- und (Unwissens)-vermittlung kann zur Erkrankung der Seele führen. Daher darf man nicht zum Erstbesten gehen, und sich von diesem belehren lassen, sondern man muss Lehrer finden, die seelenheilkundig – griechisch gesprochen: Psychotherapeuten – sind.



Römische Kopie eines griechischen Platonporträts (Silianion) in der Glyptothek München
© Bibi Saint-Pol / Public Domain

So genau hatte Hippokrates seinen Plan, zu dem gefeierten Gelehrten zu gehen, noch nicht bedacht. Um zu erfahren, was man dort eigentlich lernen kann, entschließt man sich, Protagoras selbst zu fragen. Der sagt, dass man schon von der ersten Unterrichtsstunde an besser werde. Auch hier muss Sokrates erst nachfragen: worin? In der Beförderung der eigenen wie der allgemeinen Angelegenheiten, also in Ökonomie und Politik, so Protagoras, könne er Kompetenzen vermitteln.

Platons Fragen

Der äußerst kunstvoll komponierte Dialog Platons fängt an dieser Stelle erst richtig an. Es werden Mythen erzählt und Bildungstheorien entfaltet. Man übt sich in Klassikerauslegung und streitet darüber, auf welche Weise man überhaupt miteinander über ein gemeinsames Thema reden soll. So geraten die Hauptunterredner in einen mit äußerster Härte, aber zugleich großer Einfühlksamkeit ausgetragenen Streit darüber, ob man die politische Kunst überhaupt lehren und lernen kann. Am Ende werden Sokrates und Protagoras ihre Positionen hinsichtlich dieses Punktes getauscht haben.

Die Auseinandersetzung wurde auch im Seminar weitergeführt: Kann die Dichtung mehr über das Sein aussagen, als die rational kontrollierte Philosophie? Gibt es überhaupt einsehbare und feststehen-

* Die Kooperationsveranstaltung der Akademie und des Pädagogischen Instituts der Stadt München fand unter der Leitung von Michael Spieker und Peter Schmidbauer gemeinsam mit Gerhard Stamer vom Reflex-Institut für praktische Philosophie (Hannover) statt.

de Wahrheiten oder ist nicht alles eine Frage der Perspektive? Hat der Mensch ein Maß oder ist er selbst das Maß der für ihn angemessenen Dinge? Muss man, um richtig zu handeln, auch über wahres Wissen verfügen? Was sind die Bedingungen gelingender Bildung?

Sokrates tritt für die Einheit von Erkennen und Handeln ein, weshalb in seiner Sicht auch politische Bildung möglich wird, während Protagoras, der als professioneller Lehrer auftritt, behauptet, politische Handlungskompetenz sei nicht im Wissen begründet, womit sie als unvermittelbar erscheint. Allgemeines Erstaunen herrschte unter den Teilnehmern darüber, mit welch einer Genauigkeit die von Platon gestellten Fragen zu denken sind und welch eine ungebrochene Aktualität sie haben, weil sie auch in der Gegenwart von jedem, der lernen und lehren will, zu beantworten sind. Auch dieses Staunen hat schon im Dialog Protagoras seinen Ort, denn es markiert dort den Anfang des Gesprächs und es ist, wie die klassische griechische Philosophie formulierte, der Anfang der Philosophie. Dabei führt der Weg des Philosophen – das zeigt Platon an Sokrates – kaum zu Ruhm und Anerkennung – zumindest nicht in der eigenen Zeit.

Interdisziplinäre Erkundungen

Neben der konzentrierten Arbeit anhand von platonischen Texten führte die Studienreise auch zu antiken Stätten, an denen die Verbindung von Sport, Philosophie, Medizin und Menschenwürde (Epidaurus), von Religion und Politik (Korinth) und die politische Bedeutung von Kunst und öffentlichen Bauwerken (Akropolis von Athen) erkundet wurde.



Die Seminargruppe auf der Akropolis von Athen

© privat

Wie schon im Jahr 2015 konnte auch ein Gespräch zur Lage des gegenwärtigen Griechenlands geführt werden. In einer dramatischen Situation war es möglich, mit Prof. Theodoros Giannaros zu sprechen, einem unerschrockenen und unermüdlichen Kämpfer für Humanität. Im Jahr 2015 konnte er die Gruppe noch als Klinikdirektor der Elpis-Klinik empfangen. Nicht lange nach diesem letzten Besuch wurde er entlassen, wo von er erfuhr, als er in den Vereinigten Staaten Spenden für die Klinik einsammelte. Entlassen wurde er unter anderem, weil er sich konstant gegen die Vorschriften verhalten hatte, denn er behandelte in seiner Klinik jeden, der Behandlung nötig hatte, auch Unversicherte, was in Griechenland mittlerweile schon jeder Dritte ist. Giannaros beschrieb eine hoffnungslose Lage. Den Teilnehmern der Tagung führte er vor Augen, wohin das konsequente Eintreten für das, was als wahr erkannt wird, führen kann. Nämlich nicht zu dem von Protagoras versprochenen Wohlstand eines angenehmen Lebens.

Michael Spieker

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistenz)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Peter Molnar Blumenstr. 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

„Lenin arbeitet nach Wunsch“ oder „die Bolschewiki haben alles sehr schön und brav gemacht“

Erste internationale Tagung vor Beginn der Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution

„LENINS EINTRITT in Russland geglückt. Er arbeitet völlig nach Wunsch.“ Dies meldete das Auswärtige Amt im April 1917 an Kaiser Wilhelm II. Kurz zuvor hatte ein Zug mit russischen Emigranten die Schweiz verlassen und das Deutsche Reich auf dem Weg nach Schweden durchquert, von wo aus die Revolutionäre ins damals russische Finnland weiterreisten. Lenin war einer von vielen russischen Revolutionären, die Berlin im Ersten Weltkrieg unterstützte, um das Zarenregime und im gleichen Atemzug auch die russische Westfront ins Wanken zu bringen. Lenin schien dabei am besten die Hoffnungen zu erfüllen, die die Deutschen in ihn setzten. Im Oktober 1917 gelang es ihm, die provisorische russische Regierung zu stürzen, die seit Februar 1917 das Land regierte und die Abdankung des Zaren erzwungen hatte. Der Diplomat Kurt Riezler, Russlandexperte im deutschen Generalkonsulat in Stockholm, das bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Sowjetrussland quasi als Botschaft für Russland diente, frohlockte im Dezember 1917: „Die Bolschewiki sind großartige Kerle und haben alles bisher sehr schön und brav gemacht.“



Stalin, Lenin und Kalinin im März 1919 (von links)

Bewusst noch vor Beginn der offiziellen Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag fand in Tutzing die erste internationale Konferenz zur Oktoberrevolution 1917 statt, um die aktuellen Forschungsvorhaben in Deutschland und Russland zu bündeln, bevor diese auf zahllosen weiteren Konferenzen diskutiert werden. Es handelte sich dabei um eine Kooperation der Akademie mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem deutsch-russischen Museum Berlin-Karlshorst sowie der Lomonossow-Universität Moskau und dem Arbeitskreis russischer Deutschlandforscher in Moskau. Damit

wurde ein deutsch-russischer Dialog ermöglicht, der neben den aktuellen Forschungsergebnissen zur Oktoberrevolution auch die Wirkungsgeschichte des Revolutionsjahres 1917 bis zum Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion 1989/91 untersuchte. Daneben wurde versucht, eine deutsch-russische Verflechtungsgeschichte der Revolutionsepoke zu zeichnen. Denn nicht nur Deutschland hatte einen bedeutenden Einfluss auf die Ereignisse in Russland. Genannt seien neben der arrangierten Reise Lenins durch das Deutsche Reich etwa die 26 Millionen RM, die bis Ende 1917 in den Kasenbüchern des Auswärtigen Amts auftauchten und an russische Revolutionäre ausgezahlt worden waren. Nicht ohne Grund wurde den Deutschen mit der Zeit immer banger, wenn sie nach Russland blickten. Im Sommer 1918 war von der gehobenen deutschen Stimmung und den Hoffnungen auf die Bolschewiki nichts mehr zu spüren. Doch irrten die Auguren in Berlin erneut. Kaiser Wilhelm etwa schrieb im Juli 1918: „Es ist gefährlich, unser Los noch ferner mit den sterbenden Bolschewiki zu vereinen.“ Lenins Streiter sollten sich aber als zählebiger erweisen. Nur wenige Monate später kehrte die Revolution dorthin zurück, woher sie ausgesandt worden war. Damit wird deutlich, welchen Einfluss die Ereignisse in Russland auf Deutschland hatten. Im November 1918 streikten Arbeiter und Soldaten in Berlin und anderen Städten des Reichs. Kaiser Wilhelm wurde kurz darauf zur Abdankung gezwungen und erlitt damit ein ähnliches Schicksal wie dies im Vorjahr seinem Cousin, Zar Nikolaus II., beschieden war.



Der russische Revolutionär Leo Trotzki (bürgerlicher Name Lew Bronstein) auf einem Polizeifoto nach seiner Festnahme 1898

In Deutschland aber wollte die neue provisorische Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, der bereits am 10. November 1918 gebildet wurde, keinesfalls vom russischen Beispiel lernen. Der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert erklärte vielmehr bereits am 23. September: „Wer die Dinge in Russland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, dass eine solche Entwicklung bei uns eintritt.“ Die Sozialdemokraten hatten völlig andere Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als die Bolschewiki. Das russische Beispiel wirkte somit auch auf die deutschen Verhältnisse, wenn auch eher in

abschreckender Weise. Dies führte in Deutschland dazu, dass sich die moderateren Kräfte letztlich durchsetzen konnten und etwa der Spartakusaufstand im Januar 1919 keine Mehrheit der Arbeiter und Soldaten hinter sich vereinen konnte.

In Sowjetrussland aber wurde die Oktoberrevolution insbesondere nach dem Ende des Bürgerkriegs vom Staat instrumentalisiert, um den traumatisierten Bürgern des Landes eine neue Interpretation der vergangenen Ereignisse zu liefern. Nach Gewalterfahrung, Hunger und Leid sollten die individuellen Erlebnisse verdrängt und zugunsten einer Heldensaga vom erfolgreichen Arbeiteraufstand ersetzt werden. Nach 1991 war den Bürgern in Russland die Lust am Feiern aber längst vergangen, nurmehr die Kommunistische Partei des Landes gedachte mit Zeremonien der Oktoberrevolution. Ersetzt wurde dieser Feiertag von Präsident Wladimir Putin im Jahre 2005 durch den 4. November, dem Tag, an dem sich eine russische Bürgerwehr während des Polnisch-Russischen Krieges 1609–1618 gegen die polnischen Besatzer in Moskau erhoben hatte. Damit endete eine Zeit der Wirrem im Land, es begann die Blütezeit des neuen Herrschergeschlechts der Romanows. Honi soit qui mal y pense! Denn wer würde schon eine Parallele ziehen zwischen der Zeit der Wirren und Fremdherrschaft im 17. Jahrhundert sowie der darauf folgenden Blüte des Landes unter dem Herrscher Michail I. Romanow und der Jetzzeit, der Zeit der Un-

sicherheit und vermeintlich amerikanisch dominier-ten Herrschaft unter Boris Jelzin und dem heutigen neuen Herrscher Wladimir Putin? Keine Parallele – nirgends! Präsident Putin erklärte anlässlich der Einführung des Feiertages: „Es war ein Sieg patriotischer



Kundgebung der Arbeiter- und Soldatenräte auf dem Verkündungsplatz in Nischni Nowgorod im Oktober 1917

© Alle Fotos gemeinfrei

Kräfte, ein Sieg des Kurses auf die Stärkung des Staates durch Zentralisierung und Vereinigung der Kräfte. Mit diesem heroischen Ereignis begann der geistige Aufbau einer souveränen Großmacht.“ Wahrlich: Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Michael Mayer

Ausstellung zum DDR-Alltag und zur Stasi in Erfurt

DIE AFFÄRE um den Linken-Politiker Andrej Holm, der wegen seiner Stasi-Vergangenheit im Januar 2017 vom Amt als Berliner Staatssekretär zurücktreten musste, zeigt, wiebrisant das Thema der Aufarbeitung der DDR-Geschichte immer noch ist. Die Jüngeren haben nur vage Vorstellungen von einem System, das noch die Geschicke ihrer Eltern wesentlich mitbestimmt hat. Auch im „Westen“ ist man sich der deutschen Teilung zwar noch bewusst, jedoch beschränkt sich vor allem in der jungen Generation das Wissen über die DDR auf Mauerfall-Bilder und den Film „Good Bye Lenin.“

Hier setzt die Wanderausstellung „Andreasstraße unterwegs“ an, die in der Akademie bis Ende April zu Gast sein wird. In der Ausstellung wird der Alltag in der SED-Diktatur, die politische Haft im Erfurter Stasi-Gefängnis und die friedliche Revolution in Thüringen künstlerisch aufgearbeitet. Anhand von Geschichten und Einzelschicksalen werden die Themen illustriert und die kritische Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte ermöglicht.

Besonders interessant ist die Ausstellung für Schüler, denn Begleitmaterial, Bilder, Comics und Originale aus der Zeit erleichtern den Zugang zum Thema. Die Vernissage mit Erläuterungen eines Mitarbeiters der Erfurter Dauerausstellung findet am 31. März um 19.30 Uhr statt.

Tobias Rieth



© RIETH

Politische Bildung multimedial

Die Tutzinger Akademie im Bildungsfernsehen *Telekolleg*

„DAS POLITISCHE LEBEN an der Basis.“ Unter diesem Titel stand nicht nur die Lektion 21 des im Jahre 1979 neu aufgelegten Arbeitsbuches zum „Lehrgang Sozialkunde“ im Bildungsfernsehen *Telekolleg*. Vielmehr liegt der korrespondierenden *Telekolleg*-Sendung des Südwestfunks Baden-Baden eine Fernsehaufzeichnung aus der Tutzinger Rathausstern zugrunde.

Bereits unter Direktor Felix Messerschmid hatte sich die Akademie intensiv in die Konzeption und Realisierung eines Lehrprogramms Sozialkunde im *Telekolleg* des Bayerischen Rundfunks eingebbracht. Das neue Bildungsformat *Telekolleg* richtete sich vor allem an berufstätige Erwachsene auf dem zweiten Bildungsweg.

1969 wurden die ersten Sendungen vom Akademiedozenten und späteren langjährigen Tutzinger Bürgermeister Alfred Leclaire im Studio des Bayerischen Rundfunks „eingesungen“. Leclaire war das Gesicht der Akademie im bayerischen *Telekolleg*.

Der neue Akademiedirektor Manfred Hättich griff die geleisteten Vorarbeiten auf und intensivierte die Zusammenarbeit mit weiteren Fernsehanstalten. Unter seiner Gesamtleitung wurde zusammen mit dem

Südwestfunk ein neuer Lehrgang Sozialkunde mit 13 Lektionen produziert. Das Akademieteam, das das begleitende Studienmaterial besorgte, bestand aus: Eckard Colberg, Gebhard Diemer, Hans Friedrich, Ursula Männle und Jürgen Weber. Mit diesem Kurs wurden vor allem zwei didaktische Ziele verfolgt: Es sollte nicht so sehr von Institutionen gehandelt, sondern Politik in erster Linie als Prozess begriffen werden. Einsichten in Probleme und Einübung des Umgangs mit ihnen wurde für wichtiger erachtet als reines Faktenwissen.

1979 wurde eine komplett überarbeitete und umfangreichere Neuauflage des Sozialkundekurses realisiert. Arbeitsbücher und Sendemanuskripte für die 26 Lektionen verfasste Manfred Hättich.

Im Rahmen dieser Neuauflage sollte auch „das politische Leben an der Basis“ behandelt werden. Zu diesem Zweck lud der Tutzinger Bürgermeister Alfred Leclaire Vertreter von „wichtigen Tutzinger Vereinen und Institutionen“ zu einer für den 23. November 1979 angekündigten Abendveranstaltung auf der Tenne ein. Unter der Leitung von Manfred Hättich wurde dort vom Südwestfunk eine Fernsehaufzeichnung über „das politische Leben an der Basis“ produziert. In den „Hinweisen auf die Sendung“ heißt es: „Dadurch, dass sich Vertreter von politischen und nichtpolitischen Organisationen einer Gemeinde treffen, soll die Vielfalt der Möglichkeiten bürger[schaft]licher, politischer und sozialer Aktivitäten zur Anschauung gebracht werden. In Interviews mit diesen Vertretern wird die Struktur des Organisationslebens einer Gemeinde sichtbar gemacht und werden die Gelegenheiten, bei denen Organisationen ohne politische Zielsetzung mit der Politik in Berührung kommen, gezeigt.“ Die Sendung wurde am 6. Januar 1984 ausgestrahlt.

Steffen H. Elsner



Akademiedirektor Manfred Hättich bei der Aufzeichnung im Studio des Südwestfunks
© APB-Archiv

Digitale Optimierung mit der Zahl sieben

Der online-Auftritt der Akademie wurde grundlegend geändert. Das Visuelle ist in den Vordergrund gerückt.

WER JETZT <https://www.apb-tutzing.de/> aufruft, der hat nicht nur eine verschlüsselte, sondern auch eine völlig neu gestaltete Website vor sich. Warum es Zeit für eine Modernisierung war, was die Zahl sieben damit zu tun hat und welche Herausforderungen die digitale Transformation stellt, erklären der Pressereferent der Akademie Sebastian Haas und Internetexperte Patrick Meyer, die den neuen Auftritt konzipiert haben.

Akademie-Report: Erst 2014 ist die Website neu gestaltet worden. Warum jetzt schon wieder?

Haas: Die gesamte Akademie hat ein neues Erscheinungsbild, ein verändertes Corporate Design. Darauf mussten wir reagieren und auch den Online-Auftritt anpassen. Schließlich soll unser Bild nach außen einheitlich und aufeinander abgestimmt sein.

Welche Neuerung war am wichtigsten?

Haas: Schon 2014 haben wir auf ein neues, einfacher zu bedienendes Content Management System gesetzt. Jetzt war die Devise: Mobile first, das heißt die Fokussierung auf mobile Anwendungen. Das hatte die höchste Priorität bei der Entwicklung der Website, nicht mehr die Ausrichtung auf große Desktop-Bildschirme. Denn die mobile Internetnutzung mit Smartphone oder Tablet wird immer populärer.

Was war technisch die größte Herausforderung?

Meyer: Inhaltlich haben wir tatsächlich kaum etwas verändert. Es ging in erster Linie um Responsivität, also darum, die Website so zu gestalten, dass sie auf das jeweils benutzte Endgerät reagiert. Ganz gleich, ob Sie die Akademieseite mit einem Smartphone oder Tablet aufrufen: Navigation oder Texte sollen optimal für das jeweilige Gerät dargestellt werden. Das responsive Webdesign betrifft auch verschiedene Eingabemethoden wie Maus oder Touchscreen. Ziel ist dabei eine möglichst benutzerfreundliche und übersichtliche Darstellung.

Wie häufig sollte eine online-Präsenz Neues bieten?

Meyer: Das ist ein dynamischer Prozess, eine gute Website sollte sich kontinuierlich fortentwickeln und nicht bis zu einem „großen“ Relaunch warten. Manches sieht man von außen gar nicht, aber es verbessern sich Dinge im Hintergrund.



Sebastian Haas (links) und Patrick Meyer bei der Arbeit an der neuen Homepage der Akademie
© Zerbel

Wie sollte sich die Startseite präsentieren?

Meyer: Der normale Internetnutzer kann nur eine begrenzte Anzahl von Navigationspunkten und Bildern erfassen. Kognitiv sollen es angeblich maximal sieben Elemente sein. Danach haben wir uns bei der Gestaltung der Homepage gerichtet.

Was ist das Besondere an der Akademie-Website?

Meyer: Die Vernetzung der Informationen und die Verbindung mit anderen Programmen, die in der Akademie intern zur Organisation genutzt werden. Wenn im Haus eine neue Tagung geplant ist, sieht man das eine Stunde später auf der Website und kann sich anmelden. Was sich zunächst banal anhört, ist doch relativ komplex....

Haas: ... verschiedene technische Systeme müssen über Schnittstellen miteinander verbunden werden. Da war Teamarbeit gefragt, auch mit anderen externen Partnern, die beispielsweise die Software zur Seminarplanung und -verwaltung pflegen.

Was steht als nächstes an?

Meyer: Man muss schauen, was die Trends sind im Internet. Als nächstes könnten für die Akademie Accelerated Mobile Pages (AMPs) interessant werden, das sind schnellladende Seiten. Das mobile Internet ist meist viel langsamer im Seitenaufbau als der heimische PC, weil häufig keine Breitbandverbindung zur Verfügung steht...

Haas: ... unsere Nutzer erwarten das von der Akademie. Die wollen sich nicht mit langen Ladezeiten beschäftigen. Viele Nutzer von mobilen Endgeräten verlieren dann das Interesse und verlassen unsere Seite wieder und das wollen wir natürlich nicht.

Das Interview führte
Miriam Zerbel

Liberal im eigentlichen Sinn

Die Mitgründerin der Akademie Hildegard-Hamm-Brücher ist mit 95 Jahren gestorben.

DIE AKADEMIE für Politische Bildung trauert um die große alte Dame des deutschen Nachkriegsliberalismus, Frau Dr. Dr. h.c. Hildegard Hamm-Brücher, die am 7. Dezember 2016 in München im Alter von 95 Jahren verstorben ist. Sie war sehr wesentlich an der Gründung unserer Akademie zur Zeit der bayerischen Vierer-Koalition im Jahr 1957 beteiligt – zusammen mit Waldemar von Knoeringen und anderen. Ohne ihren tatkräftigen Einsatz und ihre Überzeugungsarbeit – im Bayerischen Landtag und in ihrer eigenen Partei – wäre es wahrscheinlich nie zu der Gründung dieser auf einzigartige Weise unabhängigen Einrichtung der politischen Bildung gekommen. Hamm-Brücher dankt die Akademie auch die Charakterisierung als „geistig-pädagogisches Kraftzentrum“

Bis zuletzt galt ihr Engagement der politischen Bildung – gerade der jungen Generation. Sie stiftete den Hildegard Hamm-Brücher-Förderpreis für demokratisches Engagement, der häufig in unserer Akademie verliehen wurde – zuletzt im Juni 2016 an die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker; in Anwesenheit von Dr. Hamm-Brücher. Sie initiierte die Lernstatt Demokratie, bei der Kinder und Jugendliche aus ganz Deutschland ihre ausgezeichneten Projekte zur politischen Bildung in unserer Akademie in Tutzing präsentierten.



Hildegard Hamm-Brücher (1921 – 2016) bei der 50-Jahr-Feier der Akademie 2007 im Bayerischen Landtag
© Poss

Ihre politische Laufbahn, sondern ihr ganzes bemerkenswertes Leben.

Voller Freude und Stolz schaute sie bei ihren Besuchen in Tutzing auf die Entwicklung unserer Akademie seit ihrer Gründung, an der sie so großen und unschätzbar Anteil hatte. Wir wissen, dass wir Hildegard Hamm-Brücher sehr viele Anstöße und Initiativen verdanken und verneigen uns vor dieser großen Liberalen im eigentlichen Sinn.

Wir werden Frau Dr. Hamm-Brücher nicht nur in unserem Jubiläumsjahr 2017 ein dankbares und ehrenhaftes Andenken bewahren.

Michael Schröder



Gefährliche Gleichgültigkeit gegenüber der Politik

Auszüge aus der Einbringungsrede des Akademiegesetzes durch die FDP-Abgeordnete Dr. Hildegard Brücher in der 59. Sitzung des Bayerischen Landtags 3. WP) am 24. April 1956, S. 1903 ff.

„.... Die Koalitionsparaden sind sich bei ihren Bemühungen von allem Anfang an klar gewesen, daß das Anliegen der politischen Bildung niemals Sache der Koalition oder Opposition sein darf, sondern eine gemeinsame Aufgabe für alle ist, die in- und außerhalb des Parlaments demokratische Verantwortung tragen. Sie bedauern es deshalb aufrichtig, daß trotz aller ihrer Bemühungen der Gesetzentwurf nicht die Unterschrift aller Parteien des Landtags trägt...

Zum zweiten Mal schaffen wir einen demokratischen Staat nach einem total verlorenen Krieg auf einem nicht natürlichen Weg, nämlich von oben, durch Verfassung und Gesetze während die Demokratien anderer Länder von unten organisch durch Erfahrung, Übereinkunft, Einsicht und Tradition gewachsen und gereift sind. Hier liegen die Gefahren für den Bestand der westdeutschen Demokratie. Einmal sind es diese gewachsenen Formen des demokratischen Zusammenlebens, die uns so sehr fehlen und deren Fehlen unsere Staatsform für so viele Mitmenschen unglaublich macht; zum anderen ist es die allbekannte gefährliche Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen Geschehen, die die Politik und die Politiker spürbar von den Staatsbürgern isoliert, in deren Dienst sie doch arbeiten und wirken sollen...“



Jahresbibliografien 2016

Prof. Dr. Ursula Münch ■

Herausgeberschaft:

Freiheit und Sicherheit. Verfassungspolitik, Grundrechtsschutz, Sicherheitsgesetze (zus. mit Hans-Jürgen Papier und Gero Kellermann), Baden-Baden (Nomos) 2016.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften:

Angst vor Kriminalität und Terrorismus: Zur innerpolitischen Begründung von Vorratsdatenspeicherung und Terrorismusstrafrecht, in: Wolfgang Bonß (Hg.), Angst, Furcht und Sicherheit. Beiträge aus der Ringvorlesung „Staat, Gesellschaft und Normen“, Herbstsemester 2015, Neubiberg (Universität der Bundeswehr München) 2016, S. 75–85.

Zwischen Sankt-Florians-Prinzip, Verteilungsgerechtigkeit und föderaler Aushandlung: Die Energiewende in Deutschland, in: Rudolf Hrbek / Martin Große Hüttmann (Hg.), Föderalismus – das Problem oder die Lösung? Sammelband zur Ringvorlesung anlässlich des 20-jährigen Bestehens des EZFF, Baden-Baden (Nomos) 2016, S. 53–66.

Integrationspolitik der Länder – dringliche Zukunftsaufgabe im Umbruch, in: Achim Hildebrandt / Frieder Wolf (Hg.), Die Politik der Bundesländer. Zwischen Föderalismusreform und Schuldenbremse, Wiesbaden (Springer VS) 2016, S. 365–390.

Dr. Moritz Fink ■

Monografie:

Understanding The Simpsons. A Media Phenomenon at the Edge of Convergence Culture, Marburg (Tectum) 2016.

Dr. Sebastian Haas ■

Monografie:

Die Preußischen Jahrbücher zwischen Neuer Ära und Reichsgründung (1858–1871). Programm und Inhalt, Autoren und Wirkung einer Zeitschrift im deutschen Liberalismus, Berlin (Duncker & Humblot) 2017.



Sonstiges:

Rezension zu „Benjamin Ziemann: Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918–1933, Bonn 2014“, in: Außerschulische Bildung, Nr. 2/2016, S. 65–66.

Rezension zu „Frank-Lothar Kroll / Barbara Zehnpfennig (Hg.), Ideologie und Verbrechen. Kommunismus und Nationalsozialismus im Vergleich, München 2014“, in: Außerschulische Bildung, Nr. 1/2016, S. 66–67.

Dr. Gero Kellermann ■

Herausgeberschaft:

Freiheit und Sicherheit – Verfassungspolitik, Grundrechtsschutz, Sicherheitsgesetze (zus. mit Hans-Jürgen Papier und Ursula Münch), Baden-Baden (Nomos) 2016.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften:

Staatsbürgerliche Bildung im Recht – Historische Formen und aktuelle Projekte am Beispiel der Juristischen Studiengesellschaften in Niedersachsen, in: Juristische Studiengesellschaft Hannover (Hg.), Rechtsleben in Hannover. 50 Jahre Juristische Studiengesellschaft, Halle an der Saale (Peter Junkermann Verlag) 2016, S. 15–32.

Dr. Gero Kellermann

Diskussionszusammenfassung „Moderne Sicherheitsgesetze – Sicht der Praxis und verfassungsrechtliche Bewertung“, in: Hans-Jürgen Papier / Ursula Münch / Gero Kellermann (Hg.), Freiheit und Sicherheit – Verfassungspolitik, Grundrechtsschutz, Sicherheitsgesetze, Baden-Baden (Nomos) 2016, S. 83–92.

Diskussionszusammenfassung „Bedrohungen der Privatsphäre und grundrechtlicher Schutz“, in: Hans-Jürgen Papier / Ursula Münch / Gero Kellermann (Hg.), Freiheit und Sicherheit – Verfassungspolitik, Grundrechtsschutz, Sicherheitsgesetze, Baden-Baden (Nomos) 2016, S. 149–155.

Rechtlicher Rahmen und Entwicklungen der außerschulischen politischen Bildung in Deutschland, in: Konrad-Adenauer-Stiftung / Korea University School of Law / Constitutional Academic & Professional Association (Hg.), Politische Bildung in Korea und Deutschland. Rundgespräch I, Internationale Konferenz 2016, S. 63–69 (Übersetzung ins Koreanische: ebd., S. 71–75).

Die Verfassung als Stabilisator des Wandels? Populistische Bewegungen als Herausforderung für die politische Bildung, in: Konrad-Adenauer-Stiftung / Party Law Research Center Korea University / Constitutional Academic & Professional Association (Hg.), Populismus, Parteidemokratie und Politische Bildung. Rundgespräch II, Internationale Konferenz 2016, S. 5–15 (Übersetzung ins Koreanische: ebd., S. 17–24).

Robert Lohmann ■

Monografie:

Zivilgesellschaftliche Akteure in der Außenpolitik. Chancen und Perspektiven von Public Diplomacy (zus. mit Daniel Göler und Isabel Vollmer), hrsg. vom Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik) 2016.

Dr. Michael Mayer ■

Herausgeberschaft:

Das letzte Jahrzehnt des Sozialismus. Transformationsprozesse in der DDR und der Sowjetunion (1985 bis 1989/91) (zus. mit Jörg Morré und Markus Pieper), Moskau (Novyj Khronograf) 2016 [Russische Parallelausgabe: Poslednee desiatiletie sozialisma: Transformacionnye prozessy v GDR i v Sovetskoy Soiuze (1985–1989/91), Moskva (Novyj Khronograf) 2016].

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften:

Der Transformation entgegenwirken? Gorbatjuschow und der Zusammenbruch der DDR, in: Michael Mayer / Jörg Morré / Markus Pieper (Hg.), Das letzte Jahrzehnt des Sozialismus. Transformationsprozesse in der DDR und der Sowjetunion (1985 bis 1989/91), Moskau (Novyj Khronograf) 2016, S. 302–312.

Wie autonom regierte Vichy? Zur aktuellen Debatte um die Einführung einer antisemitischen Rassengesetzgebung in Frankreich 1940, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 64. Jg. (1/2016), S. 151–163.

Sonstiges:

Vor der Auflösung. Der Krieg geht zu Ende, das Morden geht weiter, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. Januar 2016, S. 15.

Noch hinterher darauf reingefallen. Die Stalin-Note vom März 1952, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Februar 2016, S. 6.

Als Botschafter wenig gefragt. Ingo Mussi in Tel Aviv, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Mai 2016, S. 8.

Ungeahnte Vergangenheit. Putin und die Geschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Mai 2016, S. 8.

Dr. Thomas Schölderle ■

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften:

Thomas Morus und die Herausgeber – Wer schuf den Utopiebegriff?, in: Alexander Amberger / Thomas Möbius (Hg.), Auf Utopias Spuren. Utopie und Utopieforschung. Festschrift für Richard Saage zum 75. Geburtstag, Wiesbaden (Springer VS) 2016, S. 17–44.

Ikonografie der Utopie. Bilderwelten und ihr Symbolgehalt im utopischen Diskurs der Frühen Neuzeit, in: Herbert Jaumann / Gideon Stiening (Hg.), Neue Diskurse der Gelehrtenkultur in der Frühen Neuzeit. Ein Handbuch, Berlin/Boston (De Gruyter) 2016, S. 507–562.

James Harrington (1611–1677), in: Rüdiger Voigt (Hg.), Staatsdenken. Zum Stand der Staatstheorie heute, Baden-Baden (Nomos) 2016, S. 243–248.

Zwischen Reform und Satire. Vernunft als experimentelles Fundament in Morus' Utopia, in: Otfried Höffe (Hg.), Politische Utopien der Neuzeit. Thomas Morus, Tommaso Campanella, Francis Bacon (Klassiker Auslegen, Bd. 61), Berlin/Boston (De Gruyter) 2016, S. 57–75.

Libertalia – eine utopische Republik der Seeräuber?, in: Berliner Debatte Initial, 27. Jg. (2/2016), S. 15–24.

Sonstiges:

500 Jahre Utopia – Was war, was bleibt? Akademie-Kurzanalyse, Nr. 1/2016, Tutzing (Akademie für Politische Bildung) 2016, 9 Seiten (online unter: www.apb-tutzing.de/download/publikationen/kurzanalysen/Akademie-Kurzanalyse-2016_01.pdf).

Dr. Michael Schröder ■

Herausgeberschaft:

Konfliktzonen. Reflexionen über die Kriegs- und Krisenberichterstattung (zus. mit Markus Behmer), Münster (LIT) 2016.

Beitrag in Sammelbänden oder Fachzeitschriften:

Kriege und Krisen in Echtzeit. Die Beschleunigung der Berichterstattung in der digitalen Welt und ihre Folgen, in: Markus Behmer / Michael Schröder (Hg.) Konfliktzonen. Reflexionen über die Kriegs- und Krisenberichterstattung, Münster (LIT) 2016, S. 43–54.



Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz

Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quässer

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteiforschung

Jörg Siegmund M.A.

Persönlicher Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael Spieker

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

StRin Barbara Weishaupt

Schulbezogene Projekte und Bildungspolitik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Dr. Sebastian Haas



Zeitgeschichte

Das letzte Jahrzehnt des Sozialismus Transformationsprozesse in der DDR und der Sowjetunion (1985 bis 1989/91)

MAN KANN DAS ENDE DER DDR nicht ohne den Blick auf die Geschichte der Perestroika verstehen. Ebenso wenig kann auch der Kollaps der Sowjetunion nicht ohne den Blick auf den wichtigsten östlichen Bündnispartner in Ost-Berlin verstanden werden. Man muss deshalb geradezu von einer tragischen Verwobenheit beider Regime sprechen, denn die mangelnden Erfolge des Perestroika-Prozesses in der Sowjetunion bestärkten die Reformgegner in der DDR in ihrem Festhalten an überkommenen Strukturen. Damit aber beschleunigten sie unbewusst das Ende der SED-Herrschaft, was wiederum der bereits kollabierenden Sowjetunion langfristig den Todesstoß versetzen sollte.

Der Sammelband widmet sich intensiv der ostdeutsch-sowjetischen Verflechtungsgeschichte und legt dar, in welcher Weise der Zusammenbruch beider Staaten miteinander verwoben war.

Russische Fassung:

Poslednee desiatiletie sozializma

Transformacionnye prozessy v GDR i v Sovetskoy Soiuze (1985-1989/91)

Michael Mayer, Jörg Morré,
Markus Pieper [et al.] (Hrsg.)

Das letzte Jahrzehnt des Sozialismus

Transformationsprozesse in
der DDR und der Sowjet-
union (1985 bis 1989/91)

Novyi Khronograf, Moskau
2016

ISBN: 5 9 48 81 298-7,
464 Seiten



Internationale Politik

Zivilgesellschaftliche Akteure in der Außenpolitik

Chancen und Perspektiven von Public Diplomacy

DAS AUSSENPOLITISCHE WIRKEN von zivilgesellschaftlichen Akteuren wird von staatlicher Seite oftmals nicht anerkannt. Selbstbild und Fremdwahrnehmung unterscheiden sich hier. Dabei sehen sich die unterschiedlichen Akteure der deutschen Zivilgesellschaft in ihrem Handeln über staatliche Grenzen hinweg weiteren Herausforderungen gegenüber: Welches Zivilgesellschaftsverständnis herrscht vor und inwiefern können zivilgesellschaftliche Akteure Außenpolitik betreiben? Wo muss die Grenze zu wirtschaftlichen und privaten Akteuren gezogen werden?

Die vorliegende Studie schlüsselt die Bandbreite des außenpolitischen Handelns deutscher zivilgesellschaftlicher Akteure auf und fordert eine größere konzeptionelle Klarheit. Die Autoren betonen die Notwendigkeit einer dezidierten Public Diplomacy-Strategie für eine dialogische Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

PDF gratis über:

<https://media.ifa.de/Zeitschriften-und-Editionen/ifa-Edition-Kultur-und-Außenpolitik/Zivilgesellschaftliche-Akteure-in-der-Aussenpolitik.html>

Robert Lohmann,
Daniel Göler,
Isabel Vollmer (Hrsg.)

Zivilgesellschaftliche Akteure in der Außenpolitik

Chancen und Perspektiven von Public Diplomacy

ifa-Edition
Kultur und Außenpolitik

Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart 2016

ISBN: 978-3-921970-47-8,
67 Seiten



© ANDREAS HERMSDORF / PIXELIO.DE

Akademie-Veranstaltungen im Spiegel der Medien

Bayerische Staatszeitung, 9. Dezember 2016

Die Währung Vertrauen

Akademiegespräch im Landtag

...WAS ALSO TUN in Politik und Gesellschaft? „Wir müssen wieder mehr Vertrauen schaffen“, sagt Gerhart Baum, von 1978 bis 1982 Bundesinnenminister und seit Jahrzehnten ein sozialliberaler Wortführer in Deutschland. „Die Demokratie hat in Krisen stets ungeahnte Kräfte entwickelt“, erklärt Baum...

Den Wert der Währung Vertrauen erklärt Baum am historischen Beispiel. „In der Ostpolitik haben wir Vertrauen nach beiden Seiten gebildet. Dadurch kam es zur Abrüstung und schließlich zur deutschen Einheit.“ Eine Erfolgsgeschichte, nach der man sich sehnt in diesen Zeiten. „Der Traum von einem Zeitalter des Friedens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich nicht erfüllt“, sagt Baum. Mit dem Kollaps der Finanzmärkte 2008 sei eine Zeitenwende eingetreten und ein großer Vertrauensbruch. Unter den Folgen leide man heute noch. „Viele Menschen verloren ihre Existenz, zugleich ging das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit der Politik verloren.“ Die digitalen Veränderungen verstärken die Krise, Computer entscheiden auf dem Börsenparkett. In Zukunft wird „Software über Krieg und Frieden entscheiden“, zitiert Baum Henry Kissinger. Und dazu kommt das Internet als „Hassmaschine“. Die Rahmenbedingungen begünstigten „Rattenfänger und schreckliche Vereinfacher.“ Umfragen in Deutschland und US-Wahlergebnisse belegten eine verhängnisvolle „Sehnsucht nach dem starken Mann“. Baum sorgt sich um die grassierende „Politikerverachtung“. Es seien „nicht nur die Pegida-Pöbler vom Opernplatz“ in seiner Geburtsstadt Dresden, so Baum. „Es gibt eine zunehmende Verrohung von Teilen der Mittelschicht.“

Zu beobachten sei eine „zerstörerische Wirkung von Angst“, sagt Baum, Mitinhaber einer Anwaltskanzlei in Köln. Dabei werde zu wenig unterschieden: „Berechtigter Angst – beispielsweise vor Altersarmut – stehen ungerechtfertigte Ängste gegenüber.“ Wie in der Flüchtlingsfrage: „Weder der Islam noch Flüchtlinge sind eine Bedrohung“, glaubt Baum und zitiert Bert Brecht: „Flüchtlinge sind Boten des Unglücks.“ Lange, zu lange hätten die Deutschen geglaubt, das Unglück der Welt gehe sie nichts an. Weil sich diese Illusion nicht mehr aufrechterhalten lässt, tritt das demütigende Gefühl der Unsicherheit auf. Jetzt hätten wir die Verantwortung, die Fremden kennenzulernen. „Ich habe viel mehr Angst vor den Reaktionen auf Flüchtlinge als vor den Flüchtlingen selbst“, sagt Baum in der anschließenden Diskussion...

„Grosso modo werden wir gut regiert“, sagt Baum. „Wir leben in einer gegückten Demokratie wie nie zuvor in Deutschland.“ Allerdings sei der Eindruck, Politiker dächten in erster Linie an sich selbst, „ein schrecklicher Befund“. Diese Einschätzung entspreche nicht der Realität, „auch wenn sich die Parteien den Staat zum Teil zur Beute gemacht“ hätten. Vieles an „Ungerechtigkeiten“ werde der Politik in die Schuhe geschoben, sagt Baum und nennt die Boni für betrügerische oder unfähige Manager...

Zur Vertrauensbildung seien neue demokratische Elemente durchaus sinnvoll. So hätten die Vorwahlen, wie jetzt in Frankreich zur Präsidentschaft, ihren Reiz. Skeptischer ist er beim Thema direkte Demokratie. Auf kommunaler Ebene habe sie ihre Berechtigung: „Aber es gibt Situationen, in denen darf man die Gewählten nicht aus Ihrer Verantwortung entlassen...“

*Matthias Maus
(siehe Seite 3)*

Medienmagazin des Bayerischen Rundfunks, 18. Dezember 2016

Digitalisierung und Big Data: Guter Krake, böser Krake?

Jedes Jahr im Dezember wird am Starnberger See über neue Entwicklungen in der Medienlandschaft diskutiert. Im Jahr der politischen Überraschungen Brexit und US-Wahl ist der Tutzinger Mediendialog hochaktuell: Es geht um Risiken und Chancen von Big Data...

Yvonne Hofstetter, Big-Data-Unternehmerin und Autorin, hat bereits vor zwei Jahren ein Buch veröffentlicht, das vor der Datensammelwut der Maschinen warnt. Daten, die im vergangen Jahrzehnt immer mehr wurden, so viel, dass man sie schließlich "Big" nennen konnte. Dafür hauptsächlich verantwortlich zeichnen kleine Messgeräte, die heutzutage jeder mit sich herumträgt: Smartphones. In den letzten Jahren kommen durch Sensoren in Autos und Haushaltsgeräten Unmengen an Informationen dazu. Und mit den gesammelten Daten lässt sich allerhand anstellen...

In Hofstetters Big-Data-Welt gibt es selbstfahrende Autos, die automatisch die Telefonbücher ihrer Kunden downloaden und weiterverkaufen und zudem äußerst fehleranfällig sind, es gibt Krankenkassen, die teurer werden, weil das Facebookprofil des Kunden einen riskanten Lebenswandel suggeriert und Banken, die unseren Kontostand aus Profitgier einem Heer von Handelsvertretern verraten...

Informantenschutz im digitalen Zeitalter

Auch für Journalisten bietet Big Data neue Herausforderungen, zum Beispiel beim Quellschutz. Daniel Moßbrucker ist Referent für Internetfreiheit bei "Reporter ohne Grenzen" und fordert: Effektiver Informantenschutz muss auch im digitalen Raum gelten. Im Jahr 2015 hat er bei einer Recherche sämtliche anfallenden Daten ausgewertet und festgestellt: Quellschutz ist zwar im analogen Raum gewährleistet - kein Journalist muss vor Gericht Auskunft über seine Quellen geben. Über die Kommunikation im Netz und am Telefon sind Informanten jedoch leicht identifizierbar und diese Daten sind per Gerichtsbeschluss und die ab Januar geltende Vorratsdatenspeicherung um einiges leichter zu beschaffen als im analogen Raum.

Dass in Big Data aber auch Chancen stecken, zumal für Medienunternehmen, das wollten Martin Virtel und Peter Adolphs zeigen. Virtel ist Datenjournalist bei Open Data City und Entwicklungsredakteur bei der Deutschen Presseagentur (dpa), Adolphs arbeitet für die Berliner Digitalagentur Neofonie. Sie haben im Projekt "News Stream" zusammen mit der dpa, dem Fraunhofer Institut und der Deutschen Welle auf Big Data basierende Anwendungen entwickelt, die Journalisten in Zukunft die Recherche erleichtern sollen.

Big Data für den Newsroom

Computer werten etwa Datenströme in Sozialen Netzwerken aus, um früh kontroverse Themen zu erkennen. Außerdem werden die dpa-Journalisten von den Algorithmen auf Gerüchte aufmerksam gemacht, die zu Breaking-News kursieren. Entwicklungsredakteur Virtel meint: Früher war es undenkbar, dass die dpa etwas aufschreibt, das nicht stimmt - heute ist das ein zusätzlicher Service der Agentur. In einem neuen Nachrichtenformat stehen nicht nur gesicherte Informationen ("Was wir wissen"). Auch unbestätigte Gerüchte aus sozialen Netzwerken finden Eingang in den Text, deutlich deklariert als "Was wir nicht wissen". Überzeugt von den großen Chancen von Big Data waren die Journalisten, Unternehmer und Privatleute auf dem Tutzinger Mediendialog dennoch nicht. Das mag daran liegen, dass Virtel und Adolphs mit ihren Big-Data-Anwendungen weitgehend auf Probleme antworten, die die Technologie selbst geschaffen hat: Wie behalte ich als Journalist einen Überblick bei immer mehr Input? Wie sortiere ich Unmengen an Rohmaterial nach Relevanz für Medienmacher?...

Max Muth
(siehe Seite 18)

In der BR-Mediathek der vollständige Beitrag zum Nachhören:

<http://www.br.de/radio/b5-aktuell/sendungen/medienmagazin/datenschutz-sicherheit-internet-100.html>





© SCHRÖDER

FEBRUAR 2017

Februar	Integration durch Medien – Aufgabe oder Auslaufmodell?	7-2
16. – 17.	Medienethische Herausforderungen für die digitale Gesellschaft In Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik in der DGPUK und dem Netzwerk Medienethik	
	Leitung: Michael Schröder / Alexander Filipović / Kerstin Liesem Sekretariat: Ina Rauš Tel. +49 8158 256-53	
	Außenveranstaltung in der Hochschule für Philosophie in München	
Februar	Mit Europa in die Zukunft?	7-1
17. – 19.	Leitideen der europäischen Einigung im Widerstreit In Zusammenarbeit mit der Europa-Union Deutschland e.V.	
	Leitung: Andreas Kalina / Ralf Bingel / Walter Brinkmann Sekretariat: Heike Schenck Tel. +49 8158 256-46	

MARZ 2017

März	Kommunalpolitisches Forum	*10-4
9.	Städtebau gegen Wohnungsnot In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Städtetag	
	Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann / Bernd Buckenhofer / Florian Gleich Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47	
	Außenveranstaltung in Freising	
März	Deutschland bleibt was?	10-3
10. – 11.	Identität zwischen Abgrenzung und Anerkennung Leitung: Michael Spicker Sekretariat: Heike Schenck Tel. +49 8158 256-46	

Eine Auswahl von Tagungen der Akademie in den nächsten Monaten

März	Eine Schule für alle	*11-3
13. – 15.	Impulse aus der Akademie für Schulleitungen oberbayerischer Grund- und Mittelschulen In Zusammenarbeit mit der Regierung von Oberbayern	
	Leitung: Barbara Weishaupt / Eva Post Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47	
März	Sozioökonomische Bildung und Wissenschaft	11-4
16. – 18.	Entwicklungsrichtungen und Perspektiven In Kooperation mit der Gesellschaft für sozio-ökonomische Bildung und Wissenschaft	
	Leitung: Michael Spicker / Tim Engartner Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17	
März	Herausforderung Vielfalt oder „More than culture“	*11-5
16. – 17.	In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München	
	Leitung: Jörg Siegmund / Rita Stegen Sekretariat: Ina Rauš Tel. +49 8158 256-53	
März	Streitfall Türkei	12-5
24. – 26.	Innenpolitik – Europapolitik – Sicherheitspolitik Leitung: Andreas Kalina / Anja Opitz Sekretariat: Heike Schenck Tel. +49 8158 256-46	
März	Die Europäische Union: Vom Friedensprojekt zum Wunschkonzert?	*13-5
27.	Festakt anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Römischen Verträge In Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München	
	Leitung: Ursula Münch / Andreas Kalina / Joachim Menze Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47	
	Außenveranstaltung in der Pinakothek der Moderne in München	

März	Brennpunkte europäischer Politik	13-2	Mai	Urbane Sicherheit	19-4
29. – 31.	Brexit, Demokratie, Außenbeziehungen In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)		12. – 13.	Leben und Bauen in riskanten Zeiten In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau	
Leitung:	Gero Kellermann / Walter Staufer		Leitung:	Ursula Münch / Gero Kellermann / Norbert Gebbeken	
Sekretariat:	Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46	Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47
März	Komplexe Farbenlehre	13-1	Mai	Die hysterische Mediengesellschaft	19-6
31. – 2.	Parteiensystem und Koalitionsmodelle im Wahljahr 2017		13.	Echtzeit-Kommunikation im digitalen Zeitalter	
April	In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.			In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Medienkompetenz (EAM) im Deutschen Evangelischen Frauenbund (DEF), Landesverband Bayern e.V.	
Leitung:	Ursula Münch / Jörg Siegmund		Leitung:	Michael Schröder / Sabine Jörk	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47	Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
APRIL 2017					
April	Die janusköpfige Digitalisierung	14-4	Mai	Geschichte und Gegenwart	*20-2
7. – 8.	In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Informatik e.V.		15. – 17.	Herausforderungen für die Gesellschaft	
Leitung:	Ursula Münch / Gero Kellermann / Wolfgang Glock / Carsten Trinitis / Philipp Müller			In Kooperation mit dem DHB – Netzwerk Haushalt	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47	Leitung:	Michael Mayer / Gunhild Wiegner	
April	Die Berliner Medienlandschaft im Wahljahr	*14-3	Sekretariat:	Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46
9. – 13.	In Zusammenarbeit mit der ALP Dillingen				
Leitung:	Michael Schröder / Gottlieb Gaiser		Mai	Gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen	21-2
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17	23. – 24.	Realitäten auf kommunaler Ebene	
	Außerveranstaltung in Berlin / Anmeldung über die ALP Dillingen / erhöhte Tagungsgebühr			In Zusammenarbeit mit der Interkulturellen Akademie der Inneren Mission München – Diakonie in München und Oberbayern e.V.	
April	Arbeit und Ungleichheit	17-5	Leitung:	Andreas Kalina / Sabine Lindau	
28. – 29.	Die Rolle der Institutionen auf dem Arbeitsmarkt		Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
	In Zusammenarbeit mit dem IAB Nürnberg und dem IOS Regensburg				
Leitung:	Wolfgang Quaisser / Jürgen Jerger / Ulrich Walwei		Mai	Verfolgung – Diskriminierung – Emanzipation	21-1
Sekretariat:	Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46	26. – 28.	Homosexualität in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg	
				In Kooperation mit der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster	
Mai	Bürger versus Bevölkerung?	18-3	Leitung:	Michael Mayer / Michael Schwartz	
5. – 6.	Der Volkssouverän im Wandel		Sekretariat:	Heike Schenck	+49 8158 256-46
Leitung:	Andreas Kalina				
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17			
Mai	Menschenrechte und Soziale Arbeit	*19-2			
10. – 12.	In Kooperation mit der Katholischen Stiftungsfachhochschule München und dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.				
Leitung:	Michael Spieker / Annette Eberle / Susanne Nothhaft / Ulrike Faust				
Sekretariat:	Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46			
MAY 2017					
Mai	60. Gründungsjubiläum der Akademie	*22-3			
31.	Festakt im Bayerischen Landtag				
Leitung:	Ursula Münch / Jörg Siegmund / Manfred Schwarzmeier				
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47			
	Außerveranstaltung in München				
<i>Tiefgang am See</i>					



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Dr. Sebastian Haas informierte in Würzburg über aktuelle Entwicklungen im Berufsbild des Journalismus.

Dr. Saskia Hieber sprach in Regensburg über „Die USA und der Aufstieg Chinas“ und in München über die chinesisch-amerikanischen Beziehungen nach der Wahl Trumps.

Dr. Andreas Kalina referierte in München zu den Themen „Good Governance durch Dezentralisierung“ sowie „Re-Nationalisierung im Trend: Die Europäische Union in der Demokratiefalle?“ und in Suhl über „Politische Bildung in Deutschland – ein Zukunftsmodell?“

Dr. Gero Kellermann hielt in Seoul u.a. einen Vortrag über „Populistische Bewegungen als Herausforderung für die politische Bildung“ und diskutierte dort über „Die Verfassung als Grundlage, Inhalt und Schranke der politischen (Urteils-)Bildung.“

Robert Lohmann referierte in Frankfurt/M. über „Civil Society organisations – new players in Germany's foreign policy?“ und in Wien über „Kurz- und langfristige Lerneffekte von Politiksimulationen“.

Dr. Michael Mayer sprach in Bonn über "Die Rückkehr des Staates in das Private am Beispiel der Häuslichen Gewalt in den USA 1950 bis 2000" und in Dillingen über „Open Door Policy und Einwanderungsrestriktionen in der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA 1950 bis 2000.“

Dr. Anja Opitz sprach in Hamburg über die Sicherheitssektorreform in UN-Peacekeeping-Operationen und in Wien hielt sie eine Vorlesung zum Thema „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach der EU-Osterweiterung bis heute.“

Dr. Thomas Schölderle referierte in Cloppenburg zum Thema „Was wäre, wenn...? Utopien als Gedankenexperimente“ und u.a. in Darmstadt über „Thomas Morus und seine Utopia.“

Dr. Michael Spieker hielt in Torgau einen Vortrag über „Erinnerung und Menschenwürde und ihre Bedeutung für die politische Bildung.“

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch nahm u.a. an einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Barcelona über aktuelle Entwicklungen des spanischen Bundesstaates sowie der EU teil, diskutierte an der LMU mit dem Astrophysiker Harald Lesch über „Wissenschaftsfeindlichkeit in Politik und Gesellschaft“, moderierte die Veranstaltung des Bayerischen Kultusministeriums „Große Koalitionen. Zeitgeschichtliche Erfahrungen, politische Perspektiven“ in Berlin und sprach vor der Mitgliederversammlung des Bundes Deutscher Architekten BDA, Landesverband Bayern über die „Wertschätzung des Freien Berufs im Wandel der Gesellschaft“. Bei der Herbstvollversammlung des Landeskommittes der Katholiken in Bayern referierte sie zum Thema „Wohin steuert unsere Demokratie?“. Verschiedene Facetten des Themas Migration und Asylpolitik waren Gegenstand mehrerer Vorträge (Ringvorlesung „Law & Legal“ an der Universität Bamberg sowie „Buddies for Refugees“ an der TUM), einer Moderation an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften sowie eines Vortrags bei der Konferenz „Migration, Refugees and Asylum“ des Instituts für Zeitgeschichte. Zur aktuellen Herausforderung der politischen Bildung trug die Direktorin bei der Winterklausur der SPD-Landtagsfraktion in Kloster Irsee vor. Sie moderierte eine Podiumsdiskussion des Munich Centre for Internet Research (MCIR) über die Frage, wie die Digitalisierung Lernen und Lehren verändert und referierte bei einer Schulleiteretagung im Bildungszentrum Kloster Banz über die Chancen und Gefahren der Digitalisierung von morgen. Sie sprach zum Thema „Bevölkerungsbeteiligung bei der Gestaltung gesellschaftlicher Herausforderungen“ und beim Neujahrsempfang des Bundesverbands der Pressesprecher über „Die Welt nach der Wahl von Trump: Die Herausforderungen der politischen und gesellschaftlichen Kommunikation im kontrafaktischen Zeitalter“.